

zeitung gegen den krieg

Nr. 22 Winter 2005/2006

Konstantin Wecker: Internationalismus	Seite 3	Gerald Oberansmayr: Europas Atomwaffen	Seite 8
E. Spoo/U. Sander: Große Koalition	Seiten 4/5	Abdallah Franghi: Rückkehr nach Gaza	Seite 10
Joachim Guilliard: Iraks Ausverkauf	Seite 7	Uri Avnery: Israel – Zwei Erdbeben	Seite 11

Anhänger des Friedens verteidigen das Recht auf Leben.
Carl von Ossietzky, 1932

BRD ist am US-Krieg gegen Terror beteiligt



Folter stoppen!

von Winfried Wolf

Was Kanzler Gerhard Schröder am 23. Februar 2005 begann, als er in Mainz US-Präsident Bush „in neuer Freundschaft“ empfing, will Bundeskanzlerin Angela Merkel im Januar 2006 mit ihrem Antrittsbesuch in Washington fortsetzen: die „Förderung der transatlantischen Beziehungen“, auf die bereits der Koalitionsvertrag verpflichtet. Die Themen Folter durch US-Militärs, geheime Foltergefängnisse der CIA in Osteuropa und Folterflüge mit Landungen auf US-Basen in der BRD werden von der neuen Bundesregierung als lästige Bildstörung auf dem transatlantischen Radarschirm wahrgenommen. Günter Gloser, Staatsminister im Auswärtigen Amt, erklärt, das Thema Folter „wird die transatlantischen Beziehungen nicht belasten“. Der Verteidigungsminister Franz Josef Jung windet sich und stellt fest, die „CIA-Flüge an sich“ seien „nichts Negatives“. Entscheidend sei „ob gegebenenfalls dort Folterungen stattgefunden haben; das ist der Punkt, der uns Sorgen macht.“ Das sind erbärmliche Eiertänze vor einer bedrohlichen Kulisse von Demokratieabbau.

Halten wir fest: Das Verbot von Folter ist ein Prinzip des Rechtsstaats. Es ist geltendes Völkerrecht, festgehalten in der Genfer Konvention. Die Behauptung, es gebe eine Beziehung zwischen der Wahrheit und dem Schmerz, ist ungeheuerlich. Belegt ist allerdings, dass die Folter ein System ist, das Qual um der Qual willen erzeugt und in diktatorische Verhältnisse mündet. „Wir denken die Rechtsbegriffe um. Wir sind auf der Seite der kommenden Dinge“, schrieb der furchtbare Jurist Carl Schmitt 1934, das Nazi-System und die Folter rechtfertigend.

Seit dem 11. September 2001 werden Rechtsbegriffe umgedacht. Ende 2001 ließ US-Präsident Bush feststellen, dass Gefangene aus dem „Krieg gegen den Terror“ keine Kriegsgefangenen, sondern „enemy combatants – feindliche Krieger“ seien, auf die die Genfer Konvention nicht anzuwenden sei. Innerhalb von vier Jahren haben sich Folterpraktiken verallgemeinert. Die US-Regierung unterhält in mehreren Ländern rund ein Dutzend Gefängnisse, in denen gefoltert wird. Die Praktiken in Abu Ghraib (Irak) wurden breit dokumentiert; die Praktiken auf Guantánamo (Kuba) nannte das Rote Kreuz Ende 2004 explizit „Mißhandlungen, die der Folter gleichkommen“.

Die Verantwortlichen sind keine durchgeknallten US-Geheimdienstleute. Es handelt sich um offizielle Politik. Seit Ende 2004 heißt der US-Justizminister Alberto Gonzales; er hat 2002 für die Bush-Administration die schriftliche Vorlage verfaßt, wonach für US-Truppen das strikte Verbot von Folter „obsolet“ sei. Die Exekutive entwickelt in den USA längst ein Eigenleben. Im Sommer 2004 entschied der Oberste Gerichtshof der USA, Gefangene auf Guantánamo hätten das Recht, ihre Inhaftierung vor US-Gerichten überprüfen zu lassen. Doch das Pentagon hält sich nicht daran. Am 5. Oktober 2005 verabschiedete der US-Senat auf Antrag des Senators John McCain – seinerseits ein Folteropfer aus dem Vietnamkrieg – mit 90 zu 9 einen Gesetzentwurf, der ein striktes Folterverbot vorsieht. Die Behandlung im Kongreß steht noch aus. Doch US-Präsident Bush kündigte ein Veto an – gegen das Folterverbot! Vizepräsident Dick Cheney schlug als „Kompromiß“ vor, das Gesetz könne passieren, wenn in diesem eine „Ausnahme für die Arbeit der CIA im Ausland“ zugelassen wer-

de. Die „Washington Post“ schlagzeitelte: „Vizepräsident für Folter“.

Es ist fast schon zweitrangig, ob die USA auch in Rumänien oder Polen oder Estland oder Bosnien – oder in allen vier Ländern – Foltergefängnisse unterhalten. Ob der CIA-Flug, der am 21. Januar 2003 in Ramstein in der Pfalz zwischenlandete, Gefangene an Bord hatte und ob diese von dort zu einem Foltergefängnis verbracht wurden. Ob gar, wie die „Berliner Zeitung“ schreibt, während der Flüge gefoltert wird. Tatsachen sind: Die Foltergefängnisse sind Realität. In der EU gibt es Dutzende Flughäfen und US-Basen, die bei Folterflügen für Zwischenstopps genutzt wurden. US-Geheimdienstleute entführen auch in der EU und verbringen ihre Opfer in Foltergefängnisse – so wurde am 17. Februar 2003 in Mailand der Ägypter Abu Omar gekidnappt, nach Ramstein verbracht, dort „umgeladen“, um in einem ägyptischen Foltergefängnis zu landen. Die US-Regierung rechtfertigt kaum verhüllt die Folterpraktiken. Sie kündigt weitere Brüche von Rechtsstaatlichkeit an. Im November 2005 stellte die US-Außenministerin Condoleezza Rice im Blatt „USA today“ fest: „Wir haben nie zuvor in einem Krieg wie diesem gekämpft, in dem ... man es nicht zulassen darf, dass jemand ein Verbrechen begeht, bevor man ihn festsetzt.“ Zuerst festsetzen, in „black sites“ verbringen, „robust befragen“ und die Öffentlichkeit mit neuen „Geständnissen“ zu immer neuem Demokratieabbau erpressen: Mit diesen Praktiken werden die Rechtsstaatsprinzipien auf den Kopf gestellt. Und sie sind der Nährboden für Terrorismus.

Die BRD ist vom Diskurs zur Rechtfertigung der Folter längst erfaßt. Die Bundeswehr ließ in der Kaserne von Coesfeld Folter üben. Der Histori-

ker Michael Wolffsohn erklärte 2004 öffentlich, dass er „Folter als eines der Mittel im Kampf gegen den Terror für legitim“ hält. Er darf an der Münchner Bundeswehr-Hochschule weiter als Professor lehren. Vor allem ist unser Land in das US-System des „Kriegs gegen den Terror“ einbezogen. Hier sind 76.000 US-Soldaten stationiert. Das US-Militär unterhält 74 Basen, deren Unterhalt jährlich sieben Milliarden US-Dollar kosten, wovon knapp zwei Milliarden aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Ramstein ist der größte US-Stützpunkt außerhalb der USA und war, so der US-General Charles F. Wald, „entscheidend am Irakerinsatz beteiligt“. Und, nicht zu vergessen: Die Bundeswehr unterstützt mit ihren Auslandseinsätzen – so auf dem Balkan und in Afghanistan – die US-Kriege. Die Bundeswehr-Spezialeinheit KSK führt gemeinsam mit US-Einheiten einen Geheimkrieg in Afghanistan, über den selbst der Verteidigungsausschuß des Bundestags nichts erfährt – etwa ob Gefangene gemacht werden und ob gefoltert wird.

Eine umfassende Aufklärung über US-Folterflüge in Europa ist erforderlich. Vor allem aber ist von der US-Regierung ein Ende aller Art Folterpraktiken und eine Auflösung aller Foltergefängnisse zu fordern. Schließlich bleibt die Forderung nach einem Abzug aller Bundeswehreinheiten aus dem Ausland zentral.

Übrigens: Wer von „unserem Bündnispartner“ ein Ende der Folterpraktiken fordert, hat zumindest punktuell den US-Senat und den Obersten Gerichtshof, vor allem aber die Mehrheit der US-Bevölkerung als Verbündete. Wer solche Forderungen unterläßt, betätigt sich als Handlanger von Folterknechten.

Herr Gerhard Schröder!

Zu Ihrer Verabschiedung als Kanzler gab es ja reichlich Lob von der richtigen Seite. US-Präsident Bush bedankte sich bei Ihnen persönlich für die „konstruktive Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten der amerikanisch-deutschen Beziehungen.“ Er will mit Ihnen „in Kontakt“ bleiben, was Sie offensichtlich nicht als Drohung verstehen. Bundespräsident Horst Köhler lobte Sie für Ihren „Einsatz für die Reformagenda 2010“. Der Mann weiß, wofür er lobt: Sie haben als Kanzler das geschafft, was zuvor Köhlers Job als Chef des Internationalen Währungsfonds war: den gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben zu scheffeln. Da war es nur logisch, daß am 19. November die 300 Bundeswehrsoldaten, die Sie zum Abschied mit einem Großen Zapfenstreich ehrten, auf Wunsch Ihrer Gattin unter anderem den Mackie Messer-Song spielten. Manche haben ja nur die Melodie im Kopf und nicht den Text, in dem so treffend der Raubtierkapitalismus charakterisiert wird: „Ach, es sind des Hai-fischs Flossen / Rot, wenn dieser Blut vergießt! / Mackie Messer trägt 'nen Handschuh / Drauf man keine Untat liest.“

Herr Franz Josef Jung!

Nach den zwei neuen Selbstmordanschlägen im November in Afghanistan, bei denen ein Bundeswehrsoldat getötet und zwei weitere verletzt wurden, sprachen Sie von „heimtückischen, terroristischen Anschlägen“. Sie haben als neuer Verteidigungsminister zugestimmt, daß der Bundeswehreinheit in diesem Land noch ausgeweitet wird. Nach der Entführung der deutschen Archäologin Susanne Osthoff erklärten Sie, man halte daran fest, daß Bundeswehr-Soldaten irakische „Sicherheitskräfte“ ausbilden. Wir erkennen die Gradlinigkeit, die von Ruhe über Scharping/Struck zu Ihnen führt. Es handelt sich um eine logische Politik, mit der im Ausland kaltblütig Menschenleben aufs Spiel gesetzt und im Inland Sozialabbau betrieben wird, um den „höheren Interessen“ der deutschen Exportwirtschaft zu dienen.

Frau Brigitte Zypries!

Auch deutsche Staatsbürger waren bereits von Entführungen und Folter durch US-Militärs betroffen. Es war die „Süddeutsche Zeitung“, die jüngst klagte, dass sich „die Bundesregierung nicht öffentlich vor ihre Staatsbürger stellt“. Nehmen Sie den Fall Murat Kurnaz, der in Bremen geboren wurde. Er wurde Ende 2001 unter fadenscheinigen Gründen in Pakistan verhaftet, an das US-Militär ausgeliefert und sitzt seit 2002 im US-Foltergefängnis auf Guantánamo. Auch der US-Militärgeheimdienst stellte fest: „Es gibt keine schlüssigen Hinweise, daß der Häftling in Verbindung zu Al Kaida steht oder eine spezifische Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen würde.“ Doch Kurnaz kam bisher nicht frei. Auch wegen Ihrer Leisetreterei!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Winter-Ausgabe 2005/2006 lag es nahe, dass wir die neue Bundesregierung der großen Koalition des Soziallabbaus und der Aufrüstung zu einem Schwerpunkt machen – siehe die Seiten 2 und 4/5. Der Nahe und Mittlere Osten ist und bleibt der wichtigste Krisenherd und das reale (Irak) und potentielle (Iran) Kriegsgebiet – siehe der zweite Schwerpunkt mit den Doppelseiten 10/11 und die Artikel zum Irak auf den Seiten 7 und 3. Leider gibt es weiter Anlaß, auf die Kriegsprofiteure im eigenen Block hinzuweisen. Bekannt ist, dass sich im Februar wieder die Kriegstreiber aus aller Herren Länder in München treffen (siehe S. 9). Weniger bekannt dürfte sein, dass in den EU-Staaten Frankreich und Großbritannien gewaltige Programme zur Modernisierung der Atomwaffen anlaufen (S. 8). Wir hoffen, mit dieser ZgK auch die Hoffnung auf Gegenwehr nähren zu können – siehe das Interview mit Konstantin Wecker (S.2), der Bericht über die Anti-Kriegs-Aktivitäten in den USA (S.6), hierzulande (S.9 und 12) und international (S.12).

Die Post kündigte für 2006 neue Erhöhungen der Portokosten an. Irgendwer muß ja deren Expansion auf den Weltmärkten – übrigens auch im Irak! – finanzieren. Wir hoffen, dass die Preise für Papier und Druck nicht auch noch steigen. In jedem Fall versuchen wir auch im kommenden Jahr, unsere günstigen Abgabepreise, die zwischen 13,5 und 25 Cent je Exemplar liegen, zu halten (siehe Impressum). Die beste Garantie, dass wir dies realisieren können, sind weiterhin viele Bestellungen und eine aktive Unterstützung. Bereits vorab der Hinweis: ZgK 23 erscheint rechtzeitig zum Ostermarsch Anfang April 06.

Das Büro von Heike Hänsel, neue Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, gewählt in Baden-Württemberg, wird in Zukunft unsere Zeitung in Bezug auf Vertrieb und Logistik unterstützen. Wir danken.

Einer unserer Herausgeber, Monty Schädel, zugleich Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), wird seit Jahren von der Justiz aus erkennbar politischen Gründen getriezt. Nun wurde er im November zu 120 Tagessätzen zu je 25 Euro verurteilt – u.a. weil er in den Jahren 2001 und 2002 (!) einen Polizisten geduzt habe und im Rahmen einer Anti-Nazi-Demonstration, die nur für den Gehweg genehmigt war, 200 Meter auf der Straße ging. Nähere Infos auf Montys Homepage: www.montyschaedel.de; Spenden an: DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern, KtoNr. 118720024, BLZ 15061758. Friedliche Grüße:

Eure ZgK-Redaktion

-Anzeige-

Handwerkszeug für den Frieden – Ein wertvoller Begleiter

Lokale Friedensarbeit in Deutschland ist lebendig und vielfältig. Der Kalender „Zur Veränderung anstiften“ liefert den Beweis. Er stellt beispielhaft 13 Initiativen der lokalen Friedensarbeit vor. Dazu gehören die Kampagne für die zivile Nutzung eines Militärflugplatzes, das Projekt zum interkulturellen Gärtnern in München, das Eine-Welt-Dorf in Minden u. a. m. Der Kalender lädt ein zum Mitwirken und Nachahmen. Und er gibt praktische Tipps für die Projektarbeit.

Dieser Kalender wird übers Jahr zu einem wertvollen Begleiter für Menschen, die sich in ihrem Umfeld für mehr Gerechtigkeit, für ein konstruktives Miteinander, für Minderheitenschutz, für den lokalen Frieden einsetzen.
Infos: www.lokale-friedensarbeit.de
Bestellung: gegen 4,40 Euro in Briefmarken bei der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. · Blücherstraße 14 · 53115 Bonn

Die Regierung der Großen Koalition hat sich für das große Sparen entschieden. Sie behauptet, das tue sie „mit Blick auf spätere Generationen“. Die Zeitung gegen den Krieg belegt, dass das Gegenteil wahr ist. Das große Sparen der großen Koalition ist eine neue finanzielle und politische Belastung für die Zukunft.

Argument Nr. 1:

Es gibt ein gewaltiges Haushaltsloch. Davon wurden alle überrascht. Deshalb ist schnelles Handeln angesagt.
Antwort: Die SPD hat sieben Jahre lang den Finanzminister gestellt. Bis zum Wahlabend am 18. September erklärten Hans Eichel, die SPD und die Grünen, dass die Finanzen in Ordnung und der neue Haushaltsentwurf für 2006 solide gerechnet seien. Im übrigen wurde nachvollziehbar argumentiert, dass das Maastricht-Kriterium „zu stark“ und in der gegebenen Lage „konjunkturpolitisch problematisch“ sei. Die SPD stellt auch in der neuen Regierung den Finanzminister. Fast der gesamte Apparat des Finanzministeriums bleibt ein und derselbe. Was hat sich also geändert?

Unsere Antwort: Nicht das Haushaltsdefizit wurde größer, wohl aber die Begehrlichkeiten der Reichen und der Unternehmen. Die große Koalition wird als Anlass genommen, um noch tiefer in die Taschen fremder Leute zu greifen.

Argument Nr. 2:

„Wir leben in Deutschland in erheblichem Maß auf Pump und von der Substanz“. So Vizekanzler Franz Müntefering.

Antwort: Richtig ist, dass die öffentlichen Schulden absolut und als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ständig weiter wachsen. Der Grund dafür ist jedoch nicht, dass „wir“ – die Bevölkerung – eine Substanz verzehren würden. Vielmehr wird die Substanz der Menschen angegriffen und die Lebensqualität ständig reduziert durch die Politik der Regierungen und die Profitmaximierung der Unternehmen. Real stagnieren die Einkommen der noch Beschäftigten seit gut zehn Jahren. Gleichzeitig wurde die Arbeit dichter und härter und wurden die Arbeitszeiten länger. Die Zahlen der Erwerbslosen und der Armen stiegen steil an. Der einzige Grund für die steigenden Schulden ist die abnehmende Steuerlast der Reichen und der Unternehmer. Die Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer und Einkommenssteuer) trugen am Beginn der Ära Kohl, 1983, noch zu 14 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Am Beginn der Periode Schröder, 1998, waren es noch 6,7 Prozent. Am Ende der Kanzlerschaft Schröder 2002 sind es 1,5 Prozent. Die Ursachen für diesen Prozess liegen in der mehrmaligen Absenkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und der „Reform“ der Körperschaftsteuer 2000. Was weniger in den Haushalten ankommt, blieb oben hängen. In den Worten von Heribert Prantl, Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“: „Von 2000 bis 2003 stiegen die Gewinne der Unternehmen um 24 Milliarden Euro, doch gleichzeitig ging ihre Steuerlast um 33 Milliarden Euro

Argument Nr. 3:

zurück.“

Jetzt muss bei allen gespart werden, damit die Staatsfinanzen wieder ins Lot gebracht werden. Daher eine Mehrwertsteuererhöhung, die alle gleichermaßen bezahlen.

Antwort: Das sind auf engstem Raum drei Unwahrheiten. Zunächst schlägt die um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent angehobene Mehrwertsteuer bei denjenigen, die mittelmäßig und wenig verdienen, weit stärker zu Buche. Sodann sollen die Unternehmen und die Reichen weiter entlastet werden, u.a. durch günstigere Abschreibungssätze und eine in Aussicht gestellte neue Senkung der Körperschaftsteuer. Schließlich droht eine derart drastische Mehrwertsteuererhöhung die Binnen-

Argumente gegen die große Sparpolitik Oder: Diese Art Sparen fördert einen Rechtsruck



konjunktur, die ohnehin lahm, abzuwürgen. Damit aber wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen, werden die Steuereinnahmen nochmals sinken, werden die öffentlichen Finanzen erst recht erschüttert. So gut wie alle Wirtschaftsexperten und „Sachverständige“ warnen vor den Wirkungen der Mehrwertsteuererhöhung. Das heißt: Entweder sind die Vertreter der großen Koalition betriebsblind und ignorant. Oder sie und ihre Hintermänner nehmen bewusst schwere gesellschaftliche Er-

Argument Nr. 4:

schütterungen in Kauf.

Bei den Rüstungsausgaben und bei der Bundeswehr kann nicht gespart werden. Die Ausgaben in diesem Bereich dienen den deutschen Interessen.

Antwort: Der Rüstungsbereich ist – neben den Subventionen für große Unternehmen – derjenige Bereich, in dem ohne größere negative Folgen für die Wirtschaft gespart werden kann. Und in dem gespart werden muss, wenn moralisch verantwortlich gehandelt und an die Zukunft der Menschen gedacht wird. Der größte Teil der in den nächsten Jahren vorgesehenen Ausgaben dienen nicht einer „Verteidigung“ des deutschen Territoriums (wobei es wenig Sinn macht, Geld für eine Verteidigung auszugeben, wenn es keinen potentiellen Angreifer gibt). Diese Ausgaben dienen fast ausschließlich Waffensystemen, die Angriffskriege ermöglichen, bzw. es handelt sich um Gelder, mit denen die Bundeswehr so umgestaltet wird, dass sie überall auf der Welt zum Führen von Angriffskriegen eingesetzt werden kann. Diese Gelder fehlen im zivilen Bereich, bei der Zukunftssicherung, für die Menschen heute und für die spätere Generation. Allein für die derzeit gelieferten 180 neuen Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter werden 21 Milliarden Euro ausgegeben, wofür das gesamte Netz der Bahn saniert und eine Politik der Verkehrswege zugunsten des öffentlichen Verkehrs eingeleitet werden könnte. Die 243 neuen Transporthubschrauber NH 90 und die 112 neuen Kampfhubschrauber Tiger, die angeschafft werden, erfordern 10 Milliarden Euro, womit im Energiesektor eine Trendwende hin zu regenerativen Energien und zur Solarenergie eingeleitet werden könnte. Für die 60 neuen Militärtransporter vom Typ A400M, mit denen Leo II an den Hindukusch und anderswo verbraucht werden sollen, und für drei neue

U-Boote (U 212) und drei neue Kriegsschiffe (F 124), mit denen die Bundeswehr alle Meere unsicher machen soll, werden 10,5 Milliarden Euro ausgegeben. Dafür könnten 2500 Kindergärten gebaut und der Anspruch eingelöst werden, flächendeckend für jedes Kind einen Platz in Kinderkrippen und -gärten bereit zu halten. Darüber hinaus wäre noch Geld frei für 2000 neue Grundschulen und 500 neue Altenpflegeheime.

Das Argument, es gehe schließlich auch um die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, ist unernst. Im gesamten Rüstungssektor arbeiten mit 65.000 Menschen gemessen am Umsatz lächerlich wenig Menschen – gleichviel wie in der Fahrradbranche (Produktion und Handel). Die Umwidmung dieser Gelder würde viel mehr neue zivile sinnvolle Arbeitsplätze schaffen als zerstörerische Jobs überflüssig gemacht werden.

Argument Nr. 5:

macht werden.

Die Regierung der großen Koalition hat sich „der Zukunft Deutschlands verpflichtet“. Eine Zielsetzung, die die neue Kanzlerin mit „So wahr mir Gott helfe“ unterstrich.

Antwort: Das Gegenteil ist wahr; für Menschen, die sich der christlichen Nächstenliebe verpflichtet fühlen, kommen solche Behauptungen einer Gotteslästerung gleich. Das Programm dieser Koalition ist rückwärtsgewandt, reaktionär, wirtschaftspolitisch abenteuerlich und gesellschaftlich brandgefährlich. Mit diesem Programm wird die Arbeitslosigkeit, die in diesem Winter wieder auf das Rekordniveau von 5 Millionen steigt, nicht sinken. Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung wird weiter anwachsen. Man riskiert bewusst eine tiefe Wirtschaftskrise mit schweren gesellschaftlichen Erschütterungen. Bei den großen Konzernen und Banken, deren Politik bereits in zwei Weltkriege führte, wird deren aggressiver Drang auf den Weltmarkt und in die Militarisierung gefördert. Nicht zuletzt wächst auf diese Weise der Verdruß auf die Parteien und „die Politik“; der Boden für rechtsextreme und faschistische Bewegungen wird bereitet. Die 12 Prozent für die NPD bei der letzten Landtagswahl in Sachsen waren kein Ausrutscher; bei der Bundestagswahl sahen die Nazis ihre Zeit noch nicht als gekommen; sie haben überwiegend nur mit dem Ziel kandidiert, Wahlkampfkostenerstattungen abzugreifen. Es war der christliche Politiker

Heiner Geißler, der jüngst in der „Frankfurter Rundschau“ warnte: „Wenn beide Parteien (CDU/CSU und SPD) so weitermachen wie bisher, wird die Parteienlandschaft in vier Jahren noch ganz anders aussehen.“ Und die „Financial Times Deutschland“ verwies ganz offen auf Parallelen zum Ende der Weimarer Republik. Dort hieß es unter der Überschrift „Wie damals, 1930“: „Im Jahr 2007 soll die große Konsolidierung kommen, der Versuch, das Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent zu drücken. ... Diese massive Konsolidierung fällt möglicherweise mit einem weltweiten Konjunkturausbruch zusammen. Das bedeutet, dass

Deutschlands wirtschaftliche Depression, die 2001 eingesetzt hat, das ganze Jahrzehnt andauern wird... Was sich in den Koalitionsverhandlungen abspielt, ist die Anbahnung einer Katastrophe. Unweigerlich werden bald viele die Schlussfolgerung ziehen, dass demokratische Politiker nicht in der Lage sind, für Wachstum und Beschäftigung

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Uwe Hirsch (Hlow), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Neubrandenburg), Hans-Jochen Vogel (Chemnitz), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Wilhelmshorst).

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.
Redaktion: Andrea Marczyński, Wolfgang Pomrehn und Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen: Antikriegsforum Ludwigshafen; bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Friedensbündnis Karlsruhe; Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in und bei der Linkspartei); Sozialistische Linke, Karlsruhe; Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Initiative Vereinigte Linke; Nordbreme Bürger gegen den Krieg; Peter Gingold und Werner Pfennig als Bundessprecher der VVN/BdA; PapyRossa Verlag Köln; Rüstungsinformationsbüro (RIB e.V.), Freiburg; Sozialistische Zeitung, Köln; Linkspartei.PDS (ParteiVorstand).

Titelgrafik/Gestaltung und Layout: Joachim Römer

Redaktions- und Vertriebsadressen:
Postanschrift: BFS e.V., An den Bergen 112, 14557 Wilhelmshorst
e-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Fax: 033205-44685

Bezugspreise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Abnahme-Preisen:
□ von 1 bis 50 Ex. zu 25 Cent je Ex.
□ von 51-499 Ex. zu 20 Cent je Ex.
□ ab 500 Ex. zu 13,5 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.
Abos/Förderabos: (ideal zum Weiterverteilen im Freundes- und Bekanntenkreis):
Jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge (= in der Regel ein Jahr):
□ bei Bezug von jeweils einem Ex. = 16 Euro
□ bei Bezug von jeweils zwei Ex. = 18 Euro
□ bei Bezug von jeweils drei Ex. = 20 Euro
□ bei Bezug von jeweils vier Ex. = 22 Euro
□ bei Bezug von jeweils fünf Ex. = 24 Euro

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich in erster Linie über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig.
Konto: BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse · BLZ 160 500 00
KtoNr.: 352 700 1866.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Winfried Wolf
ISSN 1611-2881

Internationalismus auf der Bühne



Foto: Lothar Eberhardt

Gespräch mit Constantin Wecker

Wir haben hier heute in Berlin-Kreuzberg eine – wie Du sagtest – „Welturaufführung“ erlebt: Constantin Wecker und Avitall gemeinsam auf der Bühne. Was verbindet einen linken, sozialkritischen oder auch sozialistischen Künstler und Sänger mit einer jüdischen Kantorin?

Zunächst gibt es einen künstlerischen Grund für das gemeinsame Auftreten. Ich wurde von Avitall gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, gemeinsam mit einer jüdischen Kantorin zu singen. Ich hatte keine Ahnung, daß es auch jüdische Kantorinnen gibt. Dann erhielt ich eine CD von Avitall; ihre Lieder und ihre Stimme haben mich sehr beeindruckt. Und so entschieden wir uns zur Zusammenarbeit und für das Lied „Sag Nein!“. Dieses Lied hatte ich bereits 1985 geschrieben. Bei der Demonstration im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 hatte ich für dieses Lied einen zweiten Text, eine neue Version geschrieben, in der es um friedenspolitische Anliegen geht. Wir entschieden uns dafür, dieses Lied neu gemeinsam aufzunehmen und damit unsere gemeinsame Arbeit zu starten. Dies natürlich als ein deutliches Bekenntnis gegen Antisemitismus.

In der Linken werden in der Regel die Themen „soziale Frage“ und „Antikriegsposition“ nicht in Verbindung gebracht mit einem Kampf gegen Antisemitismus.

Für mich gab es diesen Zusammenhang immer. In unserem Land ist Antisemitismus wohl der Ursprung von jedem Rassismus. Ich wehrte mich bereits in den siebziger Jahren dagegen, daß es in linken Debatten öfter mal antisemitische Tendenzen gab. Die Frage ist eine andere: Wie kann man die Positionen verbinden, bekennender Pazifist zu sein und gleichzeitig für das Existenzrecht des Staates Israel einzutreten.

Es gibt in der Linken oft die Meinung, daß diejenigen, die für das Existenzrecht Israels eintreten, auch die Regierung Sharon – oder die Aktivitäten der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten – unterstützen müßten. Und umgekehrt heißt es oft, daß diejenigen, die die palästinensische Bevölkerung gegenüber den Angriffen der israelischen Armee verteidigen, zugleich den Staat Israel in Frage stellen müßten.

Man kann umgekehrt beides verbinden: Da Ja zum Existenzrecht Israels und das Nein zu den Aktionen der israelischen Armee in den Gebieten der Autonomie-Behörde. Ich fühle mich zum Beispiel den Positionen der israelischen Friedensbewegung sehr verbunden. Dazu muß man einfach die Texte des sehr kompetenten und überzeugenden Uri Avnery lesen. Er beeindruckt mich im-

mer wieder, wie er mit seinen Analysen in der Lage ist, beides zu verbinden. Darüber hinaus gibt es für mich im künstlerischen Bereich ein großes Vorbild, und das ist Daniel Barenboim. Barenboim tritt bewußt zusammen mit palästinensischen und israelischen Künstlern auf und vermittelt damit diese elementare Botschaft des gemeinsamen Engagements für Frieden und Menschenrechte.

Du warst kurz vor Beginn des Irak-Kriegs 2003 in Bagdad. Unsere Zeitung berichtete darüber. Die Medien machten damals aus Dir einen Saddam Hussein-Freund.

Das war von Anfang an eine infame Unterstellung. Wer mein Schaffen seit dreißig Jahren kennt, der weiß, daß ich mit Diktatoren nie etwas am Hut hatte, also auch nicht mit dem irakischen. Unser Engagement damals galt allein der Bevölkerung des Landes.

Gab es einen Handschlag von Dir mit Saddam Hussein?

Das habe ich erfolgreich zu vermeiden versucht. Es gab auch keinen Handschlag von uns mit irgendwelchen prominenten Offiziellen des Regimes. Wir sind damals als Delegation mit friedenspolitischen Zielen nach Bagdad gereist. Das war für mich ein Erlebnis, das ich nie vergessen werde. Wir haben in Bagdad gespielt – zusammen mit irakischen Künstlern. Wir haben dort vor Ort alles versucht, um klarzustellen, daß wir nichts mit dieser Regierung am Hut haben, daß wir aber dort sind, um uns mit den Menschen gegen den drohenden Krieg zu solidarisieren.

Wenn Du heute, zweieinhalb Jahre später, auf Eure Reise und den Krieg, der kurz danach begann, zurückblickst, welche Bilanz ziehst Du?

Man könnte fast zynisch sagen: Wir haben es Euch doch gesagt, was passieren wird. Es trat das ein, was ein Iraker in einer Teestube, in die wir eingeladen worden waren, äußerte. Er sagte: Wenn die Amerikaner uns hier angreifen, dann wird das Tor zur Hölle aufgestoßen. Ich werde den Satz nie vergessen. Genau das ist nun passiert. Der US-Krieg erweist sich als ein Geschenk an Islamisten, an Terroristen, an Al Kaïda.

Die Veranstaltung heute ist für mich ein Stück Internationalismus. In wenigen Tagen trittst Du in Frankfurt an der Oder mit einem Programm unter dem Titel „Kabul – Bagdad“ auf. Auch dort soll ein praktisches Beispiel internationaler Solidarität gegeben werden: Es werden Musiker aus Afghanistan und dem Irak zusammen mit Dir auftreten.

Avitall wird auch dabei sein. Das haben wir soeben abgesprochen. Wir werden dann dort also einen Iraker, einen Türken, einen Afghanen und eine jüdische Kantorin auf der Bühne haben und gemeinsam ein Konzert geben.

Die neue Bundesregierung wird an der vorausgegangenen anknüpfen – erstmals in Bezug auf den Tabubruch, wieder Kriege mit deutschen Soldaten zu führen, und zweitens bezüglich der Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung und besonders der Armen. Gibt es für Dich einen Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik, Rüstung und Krieg?

Wir sind der viertgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir subventionieren die europäische Waffenindustrie. Wenn man nur 20 Prozent von diesen Ausgaben für Waffen nehmen und sie den Hartz-IV-Empfängern zukommen lassen würde, dann könnte man bereits den größten Teil der sogenannten Sparmaßnahmen zurücknehmen. Man will uns einreden, daß eine soziale Gerechtigkeit, bei der der Schwache vom Staat beschützt wird, kein Wert mehr ist. Nur wer etwas „leistet“, soll belohnt werden. Da gibt es eine fast calvinistische, fundamentalchristliche Vorstellung, die besagt: Gott ist sowieso auf der Seite der Reichen, weil diese etwas leisten. Und die Armen sind selbst schuld an ihrer Armut, weil sie nichts leisten. Und wenn man denen noch was gibt, dann verdirbt man sie und sie sind erst recht nicht zu einer Leistung fähig. Das alles ist ein neokonservatives Konzept, das in den letzten zwanzig Jahren durch eine grandiose Gehirnwäsche auch bei uns überall Einzug hält. Da gibt es diese Gruppe „Soziale Marktwirtschaft“ mit ihrer Kampagne „Du bist Deutschland“. Dahinter stecken Millionen Euros. Von den Plakaten springt einen die Dummheit förmlich an.

Mein Eindruck ist, das sind Tests, wie man eine nationalistische Stimmung entfachen kann. Es gab vor zwei Jahren diesen „Aufstand der Anständigen“. Da haben auch der Kanzler, der Bundestagspräsident und der Bundespräsident gegen Rassismus und Antisemitismus aufgerufen. Was ist davon geblieben?

Ich weiß, daß bei vielen antirassistischen Projekten die Mittel gekürzt wurden. Ernsthaft ist damals von den offiziellen Stellen nichts wirklich in die Wege geleitet worden. Vor Ort müssen die Jugendlichen in Clubs und auf den Straßen den Kopf hinhalten gegen die Rechtsextremen und die Nazis. Da gibt es Jugendliche, die in Nestern leben oder dorthin gehen, die von Neonazis als „ausländerfreie Zonen“ deklariert wurden. Die setzen sich da hin und protestieren. Diese Leute müssen Angst um ihr Leben haben, ich finde sie so mutig. Ich will weiter versuchen, Unterstützung für sie zu organisieren. „Sage Nein“, Constantin Wecker und Avitall, Jewels of Music im SPV Vertrieb; „Am Flußufer“, Constantin Wecker, BMG, Globe-art Musikon

Das Gespräch für die ZgK wurde am 23. November in Berlin von Winfried Wolf geführt.

Das Recht, uns selbst zu regieren von Haifa Zangana

Das Foto eines älteren Irakers, der in der Nähe von Falludscha den verbrannten Körper eines Kindes in seinen Armen hält, ist beinahe die Kopie eines früher gezeigten Fotos, an das sich viele Iraker erinnern: aus Halabja im März 1988. Beide Kinder wurden Opfer von Chemiewaffen. Das aus Halabja hatte ein Diktator töten lassen, der Demokratie und Menschenrechte verachtete, das andere wurde von US-Truppen, unterstützt von britischen Einheiten, getötet, also von Soldaten, die das bunte Banner all dieser Prinzipien vor sich hertragen und gleichzeitig Iraker mit Phosphor besprengen und mit radioaktiv verseuchter Munition beschießen.

Das Falludscha-Foto ist nur ein Sinnbild für die gesamte Situation einer ungeordneten Besatzung. Im November konnten wir lesen, daß die US-Truppen bei einer Razzia in einem Gebäude des Innenministeriums einen „erstaunlichen Fund gemacht“ hätten: mehr als hundert Gefangene, viele unterernährt und mit „Zeichen von Folter“.

Beispiel 16. Oktober. Da steht am Rande von Ramadi eine Gruppe Erwachsener und einiger Kinder um einen ausgebrannten Humvee-Jeep. Auf der Straße ein Krater, das Ergebnis einer Bombenattacke vom Vortag, bei der fünf US-Soldaten getötet wurden. Einige Kinder lachen und werfen mit Steinen auf das Autowrack. Ein F15-Kampfflugzeug taucht auf und schießt in die Menge. Kurz darauf teilt das US-Hauptquartier mit, 70 Aufständische hätten durch Luftangriffe getötet werden können. Kein Wort von toten Zivilisten. Unter den getöteten „Aufständischen“ war der sechsjährige Muhammad Salih Ali, der in einem Plastiksack begraben wurde, nachdem Verwandte das zusammengeklaut hatten, was sie für Teile seines Körpers hielten; der vierjährige Saad Ahmed Fuad und seine acht Jahre alte Schwester Haifa, die ohne eines ihrer Beine beerdigt werden mußte, weil die Familie dieses nicht mehr auffinden konnte.

Während groß angelegte, US-geführte militärische Operationen fortgesetzt werden, ist die Lage im Gesundheitssektor katastrophal. Ärzte und Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, der humanitären Krise, die sich ständig weiter zuspitzt, gerecht zu werden. Es ist kein Wunder, wenn unter diesen Bedingungen immer mehr Iraker den Widerstand unterstützen.

Kriegsgipfel hinter Absperrgittern von Claus Schreer

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die NATO-Kriegsstrategen unbehelligt von der Öffentlichkeit im Münchner Nobel-Hotel Bayerischer Hof versammeln konnten. Hinter Absperrgittern und Polizeihundertschaften verschanzen sie sich vor den Protesten der Antikriegsbewegung, vor den Tausenden, die jedes Jahr gegen diesen Kriegsgipfel demonstrieren. Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften diese sogenannten Sicherheitskonferenzen, auf denen völkerrechtswidrige Angriffskriege abgesprochen und propagiert werden, gar nicht stattfinden. Bereits im Jahr 2002 wurde hier die „Koalition der Willigen“ für den Angriffskrieg gegen den Irak geschmiedet. „Für den Antiterrorkrieg brauchen wir kein UN-Mandat“, verkündete damals der Vizechef des Pentagons. „Die beste Verteidigung“ sei „ein guter Angriff“.

Die deutschen Konferenzteilnehmer – egal aus welcher Partei – beschwören zwar regelmäßig ihre NATO-Bündnistreue, erheben aber ebenso regelmäßig den Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe der EU an den weltpolitischen Entscheidungen. Vor allem aber nutzen sie dieses medienwirksame Forum zur ideologischen Mobilisierung für die Aufrüstungspläne Deutschlands und der EU. Im Februar 2006 hat die neue Bundesregierung ihren ersten internationalen Auftritt mit Kanzlerin Merkel an der Spitze. Sie wird – wie im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart – Deutschland als zuverlässigen Kriegspartner für die Durchsetzung der gemeinsamen Interessen anpreisen, was im Klartext nichts anderes bedeutet, als die Absicherung des Rechts auf weltweite Ausbeutung und Aneignung der Ressourcen durch Krieg. Schon vor zwei Jahren plädierte Merkel in München für Präventivkriege der EU: „Um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen“, müßten wir „alle Mittel in Betracht ziehen ... von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. „Frieden durch Dialog“ nennen das die Veranstalter. Doch dieser Etikettenschwindel macht aus einer Tagung von NATO-Kriegsplanern und Rüstungsprofiteuren keine Friedenskonferenz.

Strahlende Gewinne verwehren von Dorothee Menzner

Zum neunten Mal hat das Wendland einen Castor-Transport mit hoch radioaktivem Atommüll ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben passieren lassen müssen. Seit fast 30 Jahren kämpfen die Menschen einer gesamten Region dagegen. Mit jedem Transport werden die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte massiver eingeschränkt; weiträumige Versammlungsverbote, erkennungsdienstliche Behandlungen von Teilnehmern, massive Bilddokumentationen sind an der Tagesordnung. Dennoch lassen sich die Wendland-Bewohner nicht einschüchtern, auch diesmal gab es wieder massive Proteste, blockierten Bauern mit ihren Traktoren die Straßen. Erinnert sei aber auch an den tragischen Tod eines jungen Demonstranten beim achten Castor-Transport. Die Erkenntnis, daß eine transparente rechtsstaatliche Auseinandersetzung immer wieder staatlicherseits hintertrieben wird, erschüttert die Menschen. Gutachten, Prüfungen und Forschungen zu Gorleben werden entweder zurückgehalten oder mit offensichtlich politisch motivierten Ergebnissen veröffentlicht. Das Außerkraftsetzen der Rechtsstaatlichkeit trägt nicht dazu bei, den Konflikt zu versachlichen und den Frieden im Inneren zu wahren. Unüberlegte Verzweigungsaktionen Einzelner sind die Folge. Auch darüber sprachen Vertreterinnen und Vertreter lokaler Bewegungen und der Bundestagsfraktion Die Linke auf einer öffentlichen Sitzung in Dannenberg.

Nachdem die Energiekonzerne seit Jahrzehnten Gewinne aus dem Betreiben der Atomanlagen ziehen, werden Folgekosten und Risiken weiterhin der Allgemeinheit zugeschoben. Zwischen- und Endlagerfragen sind nicht im Entferntesten gelöst. Seit 1977 wird der Salzstock in Gorleben auf seine Eignung als atomares Endlager untersucht. Die rot-grüne Bundesregierung hatte den Ausbau des Bergwerks gestoppt. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD steht nichts Konkretes zu Gorleben, vereinbart wurde lediglich, über das Endlager noch in dieser Wahlperiode zu entscheiden. Bürgerinitiativen im Wendland befürchten wohl nicht zu unrecht, daß am Ende faktisch alles auf Gorleben hinauslaufen könnte. Die Gegenwehr vor Ort hat mit den Jahren zu einer beachtlichen Kompetenz der Aktiven geführt; diskutiert werden Fragen der Verwertungslogik, der Profitmaximierung und Skrupellosigkeit der beteiligten Konzerne. Schließlich sind es die gleichen Unternehmen, die einerseits atomare Abfälle nach Gorleben schaffen lassen und andererseits mit Staaten wie dem Iran lukrative Geschäfte machen, ohne die das umstrittene Atomprogramm des Landes nicht denkbar wäre.

Haifa Zangana ist eine im Irak geborene Schriftstellerin, die unter Saddam Husseins Regime im Gefängnis saß. Claus Schreer gehört dem Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus an. Dorothee Menzner ist Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke

Regierung der großen Koalition – Regierung des

Die Regierung der großen Koalition knüpft an Rot-Grün an – so bei der Umverteilung von unten nach oben

Wunsch und Wirklichkeit

von Eckart Spoo

Wünschen und erhoffen kann man sich viel, wenn die Zeit lang ist. Auf die erste Bundeskanzlerin Deutschlands kann man zum Beispiel die schöne Hoffnung setzen, in ihrer Amtszeit werde es hierzulande weniger militärisch, dafür sozialer, solidarischer zugehen – weil sie doch anders als alle ihre Vorgänger eine Frau ist. Leider gibt es nicht die geringsten Anzeichen für einen solchen erfreulichen Politikwechsel – ebenso wenig wie einst in Großbritannien, als Margaret Thatcher erste Premierministerin wurde.

Die Chefinnen der beiden größten deutschen Medienkonzerne, Liz Mohn (Bertelsmann) und Friede Springer, wußten schon, warum sie für Angela Merkel warben: nicht aus irgendwelchen zarten, weichen, mütterlichen Gefühlen, die ihnen sehr fern liegen, sondern aus ganz harten, weit über Deutschland

sen.

Vorher schon hatte er sich als großes Verdienst die „Enttabuisierung des Militärischen“ angerechnet. Aber von welchem Standpunkt aus kann man sie als Verdienst werten? Bundespräsident Horst Köhler bestätigte ihm zum Abschied „bleibende Verdienste um unser Land“ und nannte zum Beweis den Bundeswehreinmarsch auf dem Balkan – also die Teilnahme am verfassungs- und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, ein Verbrechen. Weiter rühmte Köhler den abtretenden Kanzler: „Mit hohem politischen Mut und Arbeitseinsatz entwarf Gerhard Schröder die Agenda 2010 und setzte sie gegen große Widerstände durch.“ Ich sehe es genau umgekehrt: Anerkennung gebührt all denen, die diesem Verarmungs- und Verelendungsprogramm Widerstand entgegengesetzt haben und diesen weiterhin leisten. Aber aus der Sicht der großen Konzerne, denen Köhler nahe steht, hat sich die „Agenda“-Politik schon gelohnt. Sie verzeichneten in den ersten

und weltweit bedeutet nach den Vorstellungen seines Nachfolgers Franz Josef Jung auch: im Innern. Für „Überführung und Bestattung verstorbener Soldatinnen und Soldaten“ sind im Haushalt 2006 steigende Ausgaben vorgesehen.

Wünschen und erhoffen kann man sich viel. Zum Beispiel, daß die SPD doch irgendwann erkennt, wie es ihr selber geschadet hat, dem Basta-Kanzler widerspruchslos zu folgen. Aber es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß sie aus ihren Niederlagen, ihrem rapiden Niedergang lernt. Im Gegenteil: Ausgerechnet Peer Steinbrück, der jämmerliche Wahlverlierer in Nordrhein-Westfalen, wird nun Bundesfinanzminister und empfiehlt sich gleich mit solchen Vorschlägen wie dem, das ganze Autobahnnetz zu privatisieren. Und ausgerechnet Matthias Platzeck, der in Brandenburg als treuer Parteigänger Schröders für krasse Stimmenverluste verantwortlich ist, soll nun als Parteivorsitzender Hoffnungsträger sein. Sein Hauptgegner, das zeigt sich bereits, ist jede Op-



Noch haben wir die Worte aus dem Wahlkampf in den Ohren: Eine Kanzlerin Angela Merkel wehrt sich gegen die Beschäftigten, gegen die Gewerkschaften und zu noch mehr Arbeitslosen für einen zugespitzten Ausdruck in der Anhebung der Mehrwertsteuer, einer „Merkel-Steuer“ auf Kosten der Schwachen finde. Und umgekehrt argumentiert die SPD, daß eine SPD an der Regierung „schlecht für Deutschland“ sei, was bereits die Steigerungen der Arbeitslosenzahlen unter Kanzler Gerhard Schröder beweise. Allein die Union könne die Arbeitslosenzahlen auf einem solchen Umfang senken.

Ausgerechnet diese beiden Parteien geben die Regierung der großen Koalition zusammen. Und es spricht dafür, daß ihre Regierungsplattform

position von links.

Wünschen und erhoffen kann man sich, daß die Gewerkschaften endlich Kontra geben. Selbstbewußt, also laut und deutlich müßten sie den Widersinn dieser ganzen „Agenda“-Politik benennen: Aufschwung mit wachsendem Wohlstand für alle kann nie und nimmer durch eine systematische Verarmungspolitik herbeigeführt werden. Sozialstaatliche Steuerpolitik muß das Geld da holen, wo es wächst und wuchert, statt die Kluft zwischen Arm und Reich noch zu vergrößern. Der technische Fortschritt muß durch Arbeitszeitverkürzung (Vier-Tage-Woche, Sieben-Stunden-Tag) allen Menschen zugute kommen, statt daß immer weniger Beschäftigte immer länger arbeiten müssen und zugleich immer mehr Arbeitsfähige arbeitslos werden. Und der ganze Ressourcenverschwendung, Leben gefährdende militärische Irrsinn einschließlich „nuklearer Teilhabe“ der Bundeswehr gehört beendet. Aber manche führenden Gewerkschafter sind schon dankbar, wenn sie an Beraterkommissionen teilnehmen dürfen.

Unsere Aufgabe ist es, in den Gewerkschaften täglich darauf hin- und daran mitzuwirken, daß sie ihre eigentliche Aufgabe wahrnehmen: Widerstand gegen alles, was das Kapital und seine beflissenen Helfer im Kabinett uns zumuten. Und wir sollten uns auch nicht blind darauf verlassen, daß die Linkspartei konsequent Opposition betreibt. Wünschen und Hoffen bringt uns nicht weiter. Sondern eigenes Handeln. Vor allem: Klartext reden. Dazu wollen die Beiträge dieser „Zeitung gegen den Krieg“ beitragen.

Eckart Spoo ist Mitherausgeber der Zweiwochenschrift „Ossietzky“



und Europa hinaus reichenden Macht- und Profitinteressen. Zwar hat die CDU-Vorsitzende trotz der massiven publizistischen Unterstützung beider Konzerne und ihrer vielen Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehsender nicht so viele Wählerstimmen geholt, wie die Demoskopien vorausgesagt hatten, aber um so eifriger zeigt sie sich bestrebt, ihre neue Aufgabe zu erfüllen, nämlich die bisherige Regierungspolitik auf breiterer Grundlage, ohne parteipolitische Blockade im Bundesrat, weiterzuführen. Die Lohnabhängigen, die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen und Armen sollen noch stärker belastet, die Konzerne dagegen weiter entlastet und für noch größere, kostspieligere Eroberungsfeldzüge auf den Weltmärkten gestärkt werden, obwohl Deutschland es längst zum Exportweltmeister gebracht hat.

Zur Bilanz der siebenjährigen Kanzlerschaft Schröders, an die sich jetzt die Kanzlerschaft Merkels bruchlos anschließt, gehört eine systematische Entsolidarisierung der Gesellschaft: Die Unternehmer wurden nach und nach von ihren seit Bismarck bestehenden Verpflichtungen befreit, in gleichem Maße wie die Beschäftigten zur Sozialversicherung beizutragen. Die Sozialversicherung selber wurde stückweise privatisiert, also der Profitmacherei ausgeliefert. Die Masseneinkommen stagnierten. Die Armut vergrößerte sich, vor allem die Kinderarmut. Das deutsche Bildungswesen rutschte im internationalen Vergleich tief in den Keller. Die Arbeitslosenzahl, deren Halbierung Schröder einst versprochen hatte, stieg und stieg. Gemessen an den Wahl- und Parteiprogrammen der SPD und auch der Grünen muß man der Regierung Schröder schmachliches Scheitern auf allen Gebieten bescheinigen. Aber Schröder selbst äußerte sich zufrieden mit seinen Leistungen, am Ende vor allem mit den Ergebnissen der unter seiner Mitwirkung geführten Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU: Seine Politik werde weitergeführt, ließ er voller Genugtuung wis-

neun Monaten dieses Jahres folgende Gewinnsteigerungen: E.on 6,4 Milliarden Euro (plus 61 Prozent), Allianz 3,5 Milliarden Euro (plus 78 Prozent), Deutsche Bank 3,0 Milliarden Euro (plus 34 Prozent), BASF 2,4 Milliarden Euro (plus 53 Prozent), Bayer 1,6 Milliarden Euro (plus 151 Prozent), Thyssen-Krupp 1,47 Milliarden Euro (plus 91 Prozent), Deutsche Post 1,3 Milliarden Euro (plus 51 Prozent). Und so weiter.

Vom Standpunkt der Konzerne aus, die mit ihrem angehäuften Reichtum im Ausland ein Unternehmen nach dem anderen aufkaufen, muß diese Politik weitergeführt werden; auf den Binnenmarkt nehmen sie kaum Rücksicht. Für sie zählt, daß sie möglichst wenig, möglichst gar nichts an den Staat abführen müssen und daß die Arbeitskräfte möglichst billig zu haben, möglichst leicht abzustoßen sind. In diesem Sinne haben Christ- und Sozialdemokraten jetzt die Ausweitung der Probezeit auf zwei Jahre, weitere „Null-Runden“ für RentnerInnen (also faktisch Rentenkürzungen, nachdem schon in den Jahren 2004 und 2005 die Kaufkraft der Renten um mehr als fünf Prozent gesunken ist), Erhöhung des Rentenalters, Kürzungen am Arbeitslosengeld II um vier Milliarden Euro, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Privatisierung von Bundesvermögen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst u.a. vereinbart.

Kontinuität auch in der Militärpolitik: Keine Rede von Abrüstung, der Rüstungsetat wird nicht gesenkt, sondern soll Jahr für Jahr steigen. Die Türkei erhält fast 300 gebrauchte Leopard-Panzer der Bundeswehr (die sich dafür selbstverständlich neues, noch scheußlicheres Gerät beschafft). Israel wird mit U-Booten beliefert, die als Träger für Atomraketen geeignet sind. Die Beteiligung der Bundeswehr an dem schrecklichen „Enduring Freedom“-Krieg der USA wird verlängert und ausgeweitet. Das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist weltweit, wie es der bisherige Militärminister und nunmehrige SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck verkündet hat,

Uranmunition auch aus deutscher Produktion

Jugoslawien, Afghanistan, Irak – in allen drei Kriegen wurde und wird noch, im Falle des Iraks, Uranmunition eingesetzt. An der Entwicklung und Herstellung waren und sind deutsche Konzerne beteiligt.

Nach Berichten des US-War-Departments vom 30.10.1943 hat Deutschland bereits in jenem Jahr den Einsatz von Radioaktivität als Kriegswaffe vorbereitet. Im Sommer 1943 waren die Wolfram-Importe aus Portugal gestoppt worden. Statt dessen wurde befohlen, Uran für die Produktion von Hartmetallgeschossen zu verwenden. Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (4/2001) hat der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern die Uranmunition in den frühen siebziger Jahren weiterentwickelt. Nach Aussagen des Hamburger Friedensforschers Götz Neudeck sind die Kanone des US-amerikanischen Panzers M-1, der Uranmunition verschießt, und des deutschen Panzers Leopard II identisch. Rheinmetall, der die Kanone für den Leopard II herstellt, besitzt auch die Lizenz für die amerikanische Kanonenfertigung.

Auch Messerschmidt-Bölkow-Blohm hat Uranmunition über 17 Jahre lang getestet. Das Verteidigungsministerium teilte dagegen mit, die Bundeswehr habe nie Tests mit Uranmunition durchgeführt. Belegt sind jedoch Zwischenfälle mit derartigen Munition an mindestens neun Orten in Deutschland zwischen 1981 und 1988.

Bis 1993 war das als „Warzenschwein“ bekannte A-10 Thunderbolt Kampfflugzeug, das mit seiner Kanone pro Sekunde 60 Schuß Uranmunition abfeuert, unter Geheimhaltung auf den US-Militärba-

sen in Nörvenich, Ahlhorn, Sembach und Leipheim mit jeweils 60 Soldaten stationiert. Ab 1992 wurden die A-10 mit den dazugehörigen US-Einheiten dauerhaft in Spangdahlem stationiert, von dort aus kamen sie in Bosnien und im Kosovo zum Einsatz.

In einer von Dai Williams erstellten Liste über die Inhaber von US-Patenten auf Uranmunition ist auch der deutsche Rüstungskonzern Döhl aufgeführt, der vor 1945 bereits als KZ-Profitteur und in der Bundesrepublik als Minenproduzent und -exporteur eine besonders üble Rolle spielte. In den USA wurden dennoch weitere Patente erteilt.

Die Hanauer Firma NUKEM hatte in Deutschland jahrelang abgereichertes Uran hergestellt und in großem Umfang verkauft. Nach der Stilllegung von NUKEM soll die Urananreicherungsanlage in Gronau - trotz des beschlossenen Atomausstiegs - künftig derart erweitert werden, daß dort jährlich Uran für den Betrieb von mindestens 34 Atomkraftwerken vorbereitet werden kann. In Gronau entsteht bei der Urananreicherung quasi als Abfallprodukt abgereichertes Uran. Es wird zur Herstellung von Uranmunition verwendet. Der Verbleib des Gronauer Materials ist ebensowenig nachvollziehbar wie zuvor das der NUKEM.

Einen umfassenden Überblick über die gesundheitlichen Folgen der nachhaltigen Kriegführung bietet die Broschüre „Uran-Geschosse“ von Prof. Dr. Dr. med. habil Siegfried Horst Günther und Dr. med. Ralf Cüppers, zu erhalten bei der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Postfach 1426, 24904 Flensburg; Infos auch über www.uranmunition.de

Großangriffs auf Lebensstandard und Verfassung



Kampf in den
rde eine Politik
erkschaften be-
ühren, was sei-
ung der Mehr-
sten aller sozial
entzierte die Uni-
echt für
ung der Arbeits-
der belege. Al-
len „in deutli-

Addition dessen besteht, was sie im Wahlkampf jeweils der anderen Seite an Schlechtigkeiten vorwarfen. Während die Erwerbslosenzahl in diesem Winter erneut über die Rekordmarke von 5 Millionen klettert, wirbt die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsplätze – im irakischen Kriegsgebiet. Während der Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängert und ausgeweitet wurde, veröffentlicht die führende deutsche außenpolitische Zeitschrift einen Beitrag, der zeitlich unbegrenzte, vom Westen unterhaltene Diktaturen in „Ressourcenstaaten“, vor allem solchen mit Rohölvorkommen, fordert.

hen nun zur Re-
Und vieles
orm aus einer

Eckart Spoo beleuchtet das neue Kabinett Merkel-Müntzer vor allem aus sozialpolitischer Sicht. Ulrich Sander analysiert die Bedeutung von Schwarz-Rot hinsichtlich der Militarisierung.



Dieses Bild trägt den Zusatz „Um 1935: NS-Kundgebung auf dem Ludwigplatz“ und ist dem Buch entnommen: „Ludwigshafen – ein Jahrhundert in Bildern“, herausgegeben vom Stadtarchiv Ludwigshafen/Rh 1999. Auch wenn die Macher der aktuellen „Du bist Deutschland“-Kampagne das nicht gewusst haben mögen, bleibt festzuhalten: Die Nazis haben mit derselben Parole den Nationalismus geschürt. Im übrigen läuft seit gut einem Jahr eine Kampagne des größten EU-Rüstungskonzerns EADS mit der Schlagzeile: „Ich bin EADS“. Vorgestellt werden Menschen von nebenan ... die den Eurofighter bauen.

Bundeswehr in aller Welt

Einsätze im Innern nicht vom Tisch

von Ulrich Sander

Auf dem Weg in den großen Krieg war die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 in Nazideutschland eine besondere Stufe. Auf dem Weg in die weltweiten Einsätze der Bundeswehr bleibt die Beibehaltung der Wehrpflicht, ja ihre Ausweitung, von besonderem Rang.

Es kann keine Rede davon sein, daß wir der Abschaffung der Wehrpflicht näher gekommen sind. Grüne Politiker, SPD-Linke und auch FDP-Leute mögen noch so sehr argumentieren, die Wehrpflicht sei überholt. Entscheidend sind die Anforderungen des Militärs. Und die sind auf mehr Zwangsdienste aus und sehen nicht ihren Abbau vor. Auch wenn nur rund 50 Prozent der jungen Männer eines Jahrganges einberufen werden zu Zwangsdiensten und Wehrrersatzberufen, darunter 13 Prozent zum Kriegsdienst – und diese Zahl dürfte konstant bleiben – so wird die Wehrpflicht benötigt, um der Bundeswehr das geeignete Menschenmaterial zu beschaffen, das schnell auch zum Kanonenfutter werden kann. Aus Wehrpflichtigen werden Zeitsoldaten; schnell hat man sich verpflichtet, wenn sonst die Arbeitslosigkeit droht. Und schnell sieht man sich im Auslandseinsatz. Allein aus Afghanistan haben bereits 18 Soldaten ihren Heimweg im Zinksarg angetreten, nicht gerechnet die unbekannte Zahl der Opfer im Kommando Spezialkräfte, über die wir nichts erfahren.

Weithin unbemerkt von der Öffentlichkeit hat eine große Abstimmungscoalition im alten Deutschen Bundestag beschlossen, alle ehemaligen Bundeswehrangehörigen bis zum 60. Lebensjahr zu Reservisten zu erklären. Auf sie soll zurückgegriffen werden im „Einsatz“ – und zwar nicht nur wegen ihrer militärischen Fähigkeiten, sondern auch wegen ihrer beruflichen Qualifikation. Der Offizier habe „poli-

zeiähnlliche“ Fähigkeiten zu erlangen, stellte der Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan dieser Tage fest. Der Polizist hat soldatische zu haben, möchte man angesichts der Studien des „Zentrums für Transformation“ hinzufügen – und handwerkliche und wissenschaftliche und ökonomische. Eine Zusammenführung von Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Entwicklungshilfe, Katastrophenschutz mit der Bundeswehr, dazu noch die Geheimdienste – so stellt sich die Union das „ganzheitliche Sicherheitskonzept“ vor. Und darin haben dann alle ihre Aufgabe: Wer nicht zur Bundeswehr gehen will, leistet einen anderen Dienst. Der neue Verteidigungsminister Franz Josef Jung aus der CDU-Schwarzgeldkassenriege des Roland Koch macht schon mal eine Andeutung: „Die Frage der Wehrerechtigkeit stellt sich schon. Auch hierüber wird in den Verhandlungsrunden zu reden sein, wobei auch die Prüfung einer allgemeinen Dienstpflicht erörtert werden sollte.“ (FR 20.10.05) Daß geantwortet wurde: Die allgemeinen Dienstpflichtpläne sind vom Tisch, besagt nicht viel. Sie bleiben darauf, solange die Militärs diese Pläne verwirklicht sehen wollen. Und das wollen sie.

Verteidigung am Hindukusch

Bundeswehrminister Peter Struck hat immer wieder sichtbar verwundert darauf hingewiesen, daß die Diskussion über Militärfragen in der Öffentlichkeit eher verhalten geführt werde. Er war durchaus berechtigt in Sorge, daß die Zahl der Toten in Uniform hochschnellen könnte und dann ein jähes Aufwachen erfolgt. Der Ruf, die Jungs- und Mädels - nach Hause zu holen, würde dann laut ertönen – doch das wollen die Militärs auf keinen Fall. So streben sie die Einbindung möglichst vieler „Staatsbürger in Uniform“ auf die eine oder andere Weise an. Die Bevölkerung soll an kriegerisches Handeln durch die Bundeswehr gewöhnt werden. Es soll wieder zu den

Werten des Abendlandes zählen, überall mit deutschen Truppen präsent zu sein und auch bewaffnet einzugreifen. In öffentlichen Gelöbnissen wird bekundet, wie die Soldaten und Soldatinnen das Land tapfer verteidigen. Das Land? Es heißt jetzt: Deutsche Interessen tapfer zu verteidigen, für Deutschland Rohstoffe zu erkämpfen und Handelswege frei zu räumen. (So verlangen es die Verteidigungspolitischen Richtlinien sowohl von Schwarz-Gelb 1992 als auch von Blutrot-Olivgrün 2003.) Der Einsatzort zu diesem Zweck, das ist die ganze Welt. Die Verteidigung Deutschlands erfolgt am Hindukusch. Peter Struck ist stolz darauf, diese beiden Definitionen gefunden zu haben: Heute am Hindukusch und morgen die ganze Welt.

Nun ist Schwarz-Rot dran. Sie wollen in Militärdingen weitermachen wie bisher. Doch CDU und CSU möchten zusätzlich zum Hindukusch auch ein bißchen Handelnd, also Kriegsspiele in der Heimat im bayerischen Allgäu. Zu Wehrpflicht und Wehrdienst, die die Gesellschaft formen und die Rücken krümmen, soll der Heimatschutz kommen. Nicht erst seit dem 11. September 2001, als Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber schon millionenfach die Moslems in Deutschland sich erheben sah, gegen die dann die Truppe aufmarschieren sollte, haben Unionsstrategen die Notwendigkeit betont, den Wanderungsbewegungen auf unser Land zu mit Bundeswehr und mit ihren Waffen zu begegnen. So hat der letzte CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe ein Jahr vor dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien bereits diesen Waffengang vor Bundeswehrangehörigen befürwortet – um die Flüchtlinge fernzuhalten und, wenn sie schon mal da sind, sie zurückzutreiben. Und so sind Abschiebungen in großem Stil stets die ersten Schritte nach dem bewaffneten Eingreifen.

Transformation der Gesellschaft

Auch Einsätze im eigenen Land stehen bevor: „Im Zeitalter weltweiter Wanderbewegungen und internationalem Terrorismus“ verwischen zunehmend die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Das schrieb der einstige und neue Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) laut „Der Spiegel“ vom 3.1.94, um zu fordern, daß die Bundeswehr auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern „notfalls zur Verfügung stehen sollte“. Das war lange vor dem 11. September 2001.

Als der scheidende Verteidigungsminister Peter Struck auf dem „16. Forum Bundeswehr und Gesellschaft“ des Axel-Springer-Verlags eine Bilanz seiner Amtszeit zog, rief er nach einem „klaren Verständnis von den Sicherheitsinteressen Deutschlands“, nach aktiver Beteiligung an der Entwicklung der für Deutschland, „maßgeblichen Sicherheitsinstitutionen“. Alle Sicherheitsinstitutionen beteiligen? Da klang es wieder an, das neue Reichssicherheitshauptamt: „Die Einbettung in Bündnisse und Koalitionen darf aber kein Grund zum bequemem Mitmachen, zum Verzicht auf eigenes Profil und zur Vernachlässigung berechtigter eigener Interessen sein“, so Struck. Das Land müsse seine politischen und wirtschaftlichen Interessen künftig genauer fassen. Es geht also nie um Menschenrechte, um Humanität. Es geht um Interessen, vor allem um ökonomische.

Nicht erst seit Strucks Zeit und nicht endend mit

Jungs Dienstantritt planen und planen Stäbe und Studienzentren der Bundeswehr für den Krieg und die Gesellschaft von morgen und übermorgen. Im „Zentrum für Transformation der Bundeswehr“ in Waldbröl bei Köln, dort, wo die Verteidigungspolitischen Richtlinien erlassen werden, konzipiert die Bundeswehr für die gesamte Gesellschaft die Integration von Wehrdienst, Zivildienst und lebenslanger und geschlechterübergreifender Dienstpflicht. „Ohne die zivilen Spezialisten stehen auch die Streitkräfte mit ihren Aufgaben auf verlorenem Posten. Gegenseitige Kooperation und Integration ist die Voraussetzung für Sicherheit von morgen.“ Das stellte „Transformationschef“ Oberst Ralph Thiele in den „Informationen für die Truppe“ (2/2002) fest. Der Name seines Instituts ist Programm. Nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Gesellschaft soll im Sinne des Militärs transformiert werden.

Zwangsdienst durch Hartz-IV-Hintertür

Auch die heutige Bundesagentur für Arbeit will nicht abseits stehen. Noch bevor die ersten Ein-Euro-Jobs auch für Wehrrersatz- und paramilitärische Beschäftigung eingerichtet werden, schreibt sie Söldnerjobs auf dem irakischen Schlachtfeld als Perspektiven für Arbeitslose aus. Denn jetzt vermittelt die Bundesagentur für Arbeit zur Flughafenüberwachung im Irak (Mosul/Nordirak) „geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte“. In Anzeigen der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ wird im Anforderungsprofil genannt: „Waffenkunde erwünscht; nur Bewerber bis 45 Jahre, körperlich fit“.

Angesichts der Debatte um Hartz IV mit dem gewollten Zwang, jede Arbeit anzunehmen, wirkt dieses Engagement der Bundesagentur und der Regierung doppelt zynisch: Arbeitslose raus aus der Statistik und sei es per Himmelfahrtkommando. Und auch der „freiwillige“ Arbeitsdienst mit Lohnzugang für Ältere und Streichung aller Bezüge für Jüngere, so sie nicht freiwillig mitmachen, steht drohend vor uns. Hartz IV und Arbeitslosengeld II machen es möglich. Entweder du gehst zur Bundeswehr oder in den Zivildienst oder auch in das Freiwillige Soziale Jahr – oder du machst mit beim Ein-Euro-Arbeitseinsatz, ran an die Spaten und Besen. Zunächst. Die jungen Leute von der Straße holen, nannte und nennt sich das. Noch haben wir im Grundgesetz das Grundrecht, nach Artikel 12, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Weiter heißt es in diesem Artikel: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden.“ Doch dieses Recht wird ständig gebrochen, wie auch der Artikel 26, der die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen verbietet, oder der Artikel 87 a, der allein die Verteidigung zur Aufgabe der Truppe macht.

Die große Koalition – das ist auch der große Angriff auf das Grundgesetz. Und auf das Leben unserer Mitbürger. Die Bundesregierung streitet vor dem Bundesverfassungsgericht dafür, Passagierflugzeuge, die der Verteidigungs- und der Innenminister als von Terroristen gekidnappt ansehen, einfach abknallen zu dürfen. „Luftsicherheitsgesetz“ nennt sich das Ganze, mit dem die kollektive Todesstrafe für hunderte unschuldige Menschen eingeführt wird. Wer mit Terroristen im Flugzeug sitzt, ist ohnehin schon tot, erklären eiskalt die Regierungsvertreter.

Ulrich Sander ist Landessprecher der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen

Deutsche halb-offizielle Zeitschrift:

Die Welt als Protektorat

Die maßgebliche außenpolitische Fachzeitschrift in der BRD, „Internationale Politik“, wird herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik (DGAP). Im Präsidium des Blattes sitzen Abgeordnete von SPD, CDU, FDP und Grünen. Finanziert wird die Zeitschrift u.a. aus Regierungsmitteln.

In der September-Ausgabe wurde ohne Kommentar der Beitrag des Autors Stephen D. Krasner, Director of Policy Planning im State Department der USA, abgedruckt. Kernaussage des Beitrags: Die völlige und zeitlich nicht begrenzte Unterwerfung von Staaten mit strategischen Rohstoffen, die für die westliche Energieversorgung wichtig sind, kann notwendig und sinnvoll werden. Diese müssten dann „für einen unbegrenzten Zeitraum zu Treuhandsgebieten“ erklärt werden. Den Regierungen bzw. der Bevölkerung von sogenannten Ressourcen-Staaten wird in rassistischer Form strukturelle Unfähigkeit vorgeworfen. Dazu heißt es: „Angesichts des Reichtums und der Macht, die Rohstoff-

vorkommen – vor allem Erdöl – den Regierenden (dort) versprechen, läuft ihnen oft der Speichel im Mund zusammen (...) für diese Länder sind Rohstoffvorkommen, besonders Erdöl, zum Fluch geworden, der die Herrschaft der Oligarchie gefördert und die Demokratie unterminiert hat.“ Dabei wird positiv Bezug genommen auf neue internationale Regelungen, die für Bosnien-Herzegowina, den Kosovo, Afghanistan und den Irak „gefunden wurden“.

Der Autor denkt dabei auch daran, dass die Diktaturen – sie werden auch mit „Vereinbarungen geteilter Souveränität“ umschrieben – billig für diejenigen sein sollten, die sie von außen aufzwingen und von ihnen profitieren. So heißt es: „Für externe Signatarmächte sind solche Vereinbarungen über geteilte Souveränität am attraktivsten, die sie nicht zu großen materiellen Investitionen verpflichten. Langfristig gilt (...), dass die Institutionen geteilter Souveränität nur dann überleben können, wenn ihre Leistungen aus nationalen Einnahmen finanziert

Pornografie des Krieges

Als vor einem Jahr die Folter-Fotos aus Abu Ghraib um die Welt gingen, hieß es: ein Einzelfall – er wird abgeurteilt. Im Mai 2005 rief ein gewisser Chris Wilson aus Florida die GIs in Afghanistan und im Irak dazu auf: „Zeigt uns einen Panzer, Gewehre, einen toten Taliban – irgendwas!“ und bot dafür eine Website an. Diese wird inzwischen monatlich von Hunderttausenden besucht. Es ist eine Website, die die Pornografie des Krieges dokumentiert: Hunderte Bilder getöteter, verstümmelter, gedemütigter Iraker und Afghanen sind zu sehen, enthauptete Leiber, abgeschnittene Köpfe, Teile von Gliedmaßen. Dazu Kommentare wie: „Gekochter Iraker“, „Was von einem Selbstmordattentäter übrig bleibt“. Als es im Sommer monatelange Proteste von Bürgerrechtsgruppen gab, nahm das Pentagon im September Ermittlungen auf – um diese sogleich wieder mit der Begründung einzustellen, es sei nicht feststellbar, ob die dort Dargestellten wirklich US-Soldaten seien, ob die Fotos echt oder gefälscht wären. Tatsächlich posieren auf den Bildern US-Soldaten meist erstaunlich offen – mit ihren Rangabzeichen, offenem Blick in die Kamera, ihren Autos, den Ortsschildern, wo die schrecklichen Bilder gemacht wurden. Ganz offensichtlich waren und sind Abu Ghraib und Guantánamo keine Einzelfälle. Sie sind der Alltag des Krieges.

Verbrannte Taliban

Im Oktober dokumentierte der australische Journalist Stephen Dupont, wie US-Soldaten in Afghanistan zuvor getötete Menschen, verbrannten und dann mit den Schmährufen durch das Dorf Gonbaz führten: „Taliban, ihr feigen Hunde, ihr habt zugelassen, daß eure Kämpfer mit dem Blick nach Westen verbrannt werden und am Boden liegen.“ Muslimische Rituale verbieten es, Tote zu verbrennen. Die Ausrichtung der Leichen ist eine Provokation, da gläubige Afghanen sich beim Gebet stets zum westlich gelegenen Mekka verbeugen.

Gegen Irak-Kurs von Präsident Bush

Ende Oktober 2005 sank die Unterstützung für US-Präsident Bush erstmals unter die psychologisch wichtige Marke von 40 Prozent. Nach seiner Wahl 2001 lag sie bei 60 Prozent. Nach dem 11. September 2001 stieg sie auf 90 Prozent. Bis zum Beginn des Irak-Krieges fiel sie zwar auf 60 Prozent, um nach Beginn des Kriegs erneut auf 75 Prozent zu steigen. Danach gab es einen leichten Abwärtstrend; bei der Präsidentenwahl vor einem Jahr waren es aber immer noch gut 55 Prozent der US-Bevölkerung, die Bush und seinen Kurs im Irak unterstützten. Seither ging es steil bergab – bis auf 38 Prozent im November 2005. Einen vergleichbaren Verfall an Unterstützung gab es zuletzt nur noch bei US-Präsident Richard M. Nixon. Bei Nixon war der Vertrauensverlust durch die Niederlage im Vietnam-Krieg bedingt.

Schulstreiks gegen US-Armee-Rekrutierer



Interview mit Brandon Madsen

Nach den Massendemonstrationen vom Februar 2003 und nach dem Irak-Krieg waren auch in den USA die Proteste gegen den Krieg zunächst abgeflaut. Inzwischen gab es wieder erste große Demos. Die Mehrheit in der Bevölkerung steht seit Sommer 2005 nicht mehr hinter der Bush-Regierung. In vielen gesellschaftlichen

Bereichen gibt es auch aktiven Widerstand. So auch an den Schulen – wie das nachfolgende Interview verdeutlicht.

„Youth Against War and Racism“ ist eine überregionale Jugendbewegung. Warum habt ihr die Initiative ergriffen und worin besteht der Zusammenhang zwischen Krieg und Rassismus? Wir verstehen uns als Teil der internationalen Antikriegsbewegung. Youth

Against War and Racism (YAWR - Jugend gegen Krieg und Rassismus) ist eine Antikriegsorganisation von Jugendlichen mit Gruppen in verschiedenen Städten in den USA. Wir wenden uns insbesondere gegen die Rekrutierungsaktivitäten der US-Armee an Schulen und Hochschulen. Wir fordern, die Rekrutierer aus den Schulen rauszuschmeißen. Wir verlangen auch einen sofortigen Abzug der Truppen aus dem Irak. Der Zusammenhang zwischen dem Krieg gegen den Irak und den Problemen der Jugendlichen ist groß. Die Milliarden Dollar, die in Krieg und Besatzung gesteckt werden, fehlen für Arbeitsplätze und Bildung. Die Angst vor terroristischen Angriffen wird von der Bush-Regierung mißbraucht, um den Abbau demokratischer Rechte durchzusetzen und Rassismus zu schüren. Wir versuchen, den Kampf gegen Krieg und Besatzung mit dem Kampf gegen Rassismus und für soziale Rechte zu verbinden. Zum Beispiel fordern wir auch die Rücknahme des sogenannten Patriot Act.

und Schülern durch die US-Armee? Die Situation im Irak wird von Tag zu Tag schlechter für die US-Armee. Deshalb sind Rekrutierer bereit, fast alles zu tun, um Jugendliche für das Militär zu gewinnen. Während die meisten es dabei belassen, mit Versprechen von einer Ausbildung beim Militär und Geld für das Studium zu locken, helfen einige Schülerinnen und Schüler dabei, Drogentests und Schulabschlüsse zu fälschen, damit sie zum Militär zugelassen werden. Der Zugang der Militärrekrutierer zu den Schulen ist rechtlich geschützt durch den „No Child Left Behind Act“, ein Gesetz der Bush-Regierung, das den Schulen mit dem Entzug von staatlichen Mitteln droht, wenn sie die Werber nicht hereinlassen. Noch schlimmer ist, daß es gleichzeitig oft schwer für die Schülerschaft ist, von dem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen und eigene Vereine zu gründen. Wir konfrontieren die Militärrekrutierer, wenn sie in die Schulen kommen, direkt mit ihren Lügen, indem wir zum Beispiel Informationsstände aufbauen. Wir erklären den Schülerinnen und Schülern, daß nur ein Drittel der künftigen Soldaten von dem versprochenen Geld für das Studium auch tatsächlich etwas bekommt, aber weitaus weniger als erwartet. Wir machen bekannt, daß Jugendliche beim Militär nichts lernen, was sie später bei der Jobsuche gebrauchen können. Wir informieren die Jugendlichen über die harte Realität des Militärdienstes, daß zum Beispiel 90 Prozent der Frauen beim Militär sexuell belästigt und 30 Prozent vergewaltigt werden. Wir betonen aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände, die das Militär ausnutzt, um Jugendliche zu rekrutieren. Die Werber zielen auf Schulen in Arbeitervierteln, auf junge Schwarze und Latinos. Bei der schlechten Wirtschaftslage und den Studiengebühren, die bei 3.000 Dollar pro Semester anfangen, stehen die meisten Jugendlichen aus der Arbeiterklasse vor der Wahl, arbeitslos zu werden, einen Billiglohnjob anzunehmen oder zum Militär zu gehen. Die gezielte Rekrutierung von Jugendlichen in einer schlechten sozialen Lage kommt einer „Einberufung aus Armutgründen“ nah.

Wie ist die Resonanz unter Jugendlichen und die Lage der Antikriegsbewegung im allgemeinen?

Wir haben am 2. November einen Schüler- und Studierendenstreik gegen den Krieg und gegen Militärrekrutierung organisiert. Die Stimmung gegen Bush und gegen den Irak-Krieg wächst. Nach einer langen Demoralisierung der Linken nach Kriegsanfang wächst die Antikriegsbewegung wieder. Am 24. September gab es eine Großdemonstration gegen den Krieg mit über 200.000 Teilnehmern. Wir wollten danach mit unseren Aktionen den Protest auf ein höheres Niveau bringen und haben die Streiks an Schulen und Unis organisiert. Er war trotz der Klausuren an vielen Schulen ein Riesenerfolg. Im Sommer hatten wir Gruppen an ein paar Schulen in vier Städten – Seattle, Tacoma, Boston, und Minneapolis und Umgebung. Doch Schülerinnen und Schüler sowie Anti-Kriegs-Organisationen aus einem Dutzend Städten und sechs Bundesstaaten haben nach unserem Aufruf einen Streik durchgeführt. Die Proteste waren lebendig und inspirierend. Vor allem Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil. Für viele war es die erste Demo. Der Streik hat größere Wellen geschlagen als eine normale Demo und einen starken Eindruck hinterlassen. Wir werden es nicht bei diesem Streik belassen.

Brandon Madsen ist Aktivist bei „Youth Against War and Racism“ an der Kennedy High School in der Nähe von Minneapolis und Mitglied von Socialist Alternative. Mit ihm sprach Katherine Quarles.

-Anzeige-

/MIT DEM SOZIALISMUS RECHNEN/

XI. internationale
rosa luxemburg
konferenz

Samstag, 14. Januar 2006, Humboldt-Universität zu Berlin
Berliner Straße 20

Ab 10 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 11 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 12 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 13 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 14 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 15 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 16 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 17 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 18 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 19 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz
Ab 20 Uhr: Einführung in die Rosa Luxemburg Konferenz

Welche Bedeutung haben die Aktivitäten gegen die Rekrutierungen von Schülerinnen

Logo: jungeWelt, RosaLux, GBM, G8, G20, G77, G15, G16, G17, G18, G19, G20, G21, G22, G23, G24, G25, G26, G27, G28, G29, G30, G31, G32, G33, G34, G35, G36, G37, G38, G39, G40, G41, G42, G43, G44, G45, G46, G47, G48, G49, G50, G51, G52, G53, G54, G55, G56, G57, G58, G59, G60, G61, G62, G63, G64, G65, G66, G67, G68, G69, G70, G71, G72, G73, G74, G75, G76, G77, G78, G79, G80, G81, G82, G83, G84, G85, G86, G87, G88, G89, G90, G91, G92, G93, G94, G95, G96, G97, G98, G99, G100



Foto: Lothar Eberhardt

US-Pläne werden umgesetzt Die ökonomische Invasion des Iraks

fort mit der Umsetzung der US-Regierungspläne. Mit Dutzenden von Erlassen wurden die Weichen für eine radikal neoliberale Marktwirtschaft gestellt und das Land ausländischem Kapital geöffnet. Sie sind nach wie vor Gesetz.

Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Importe in den Irak, wodurch irakische Unternehmen und Bauern nach 13 Jahren Embargo auf einen Schlag schutzlos dem Weltmarkt ausgesetzt wurden. Die einschneidendste Verordnung – vom britischen Wirtschaftsblatt „The Economist“ als die Erfüllung der „Wunschliste internationaler Investoren“ bezeichnet – wurde am 19. September 2003 erlassen: Sie erlaubt ausländischen Investoren die vollständige Übernahme irakischer Firmen und die jederzeitige hundertprozentige Rückführung von Gewinnen und Vermögen. Betroffen hiervon sind nicht nur Industriebetriebe, sondern auch die Bereiche Kommunikation, Medien, Wasserversorgung, Transportwesen, Landwirtschaft und soziale Dienstleistungen. Der Erlass sieht keine Kontrollmechanismen für ausländische Investitionen vor und stellt ausländische Unternehmer rechtlich mit Irakern völlig gleich. Damit wird jegliche Regulierungsmöglichkeit ausländischer Geschäftstätigkeiten aufgegeben, durch die beispielsweise lokale Unternehmen gefördert oder eine größere Selbstversorgung angestrebt werden könnte. Der Erlass gewährt ausländischen Banken und Konzernen Freiheiten, wie sie in kaum einem anderen Land anzutreffen sind.

In weiteren Erlassen wurde das Bankwesen für ausländische Banken geöffnet, die Steuern für private Einkommen und Unternehmensgewinne auf einen einheitlichen Niedrigsteuersatz von 15 Prozent gesenkt und schließlich wurden auch die Urheberrechtsgesetze neu verfasst. Werden letztere voll umgesetzt, was die aktuellen Bedingungen noch verhindern, hätten sie vor allem

für irakische Bauern verheerende Auswirkungen: Agrarkonzerne könnten dann Patentrechte über traditionelle Saatgutarten erwerben und damit Bauern verbieten, Saatgut aus der letzten Ernte zurückzuhalten – sie wären gezwungen es jährlich neu und teuer einzukaufen.

Eine Verfassung für Investoren
Rasch sollten nach der Invasion auch die ersten praktischen Schritte eingeleitet werden. Bereits im Juni 2003 war die Privatisierung von 48 der 192 Staatsunternehmen angekündigt worden. Sehr bald aber mußte die Besatzungsmacht ihren Elan zügeln. In den betroffenen Betrieben regte sich entschiedener Widerstand der Belegschaft. Angesichts eines schnell wachsenden militärischen Widerstands mußte die Besatzungsmacht befürchten, ihm durch ein zu forsches Vorgehen Teile der Arbeiterschaft in die Hände zu treiben. Ein weiteres Hindernis war die fehlende völkerrechtliche Legitimation ihres Vorgehens. Angesichts der weit verbreiteten Ablehnung der US-amerikanischen Politik mußte jeder Investor fürchten, daß seine Verträge von einer zukünftigen souveränen Regierung für nichtig erklärt werden.

Das Problem der erforderlichen Rechtssicherheit für Investoren soll die neue Verfassung lösen. Daher drängten die USA hier so zur Eile und nahm der neue US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, den Verfassungsprozess schließlich selbst in die Hand. Nicht die vom Parlament bestimmte Kommission, sondern ein kleiner Kreis, bestehend aus Khalilzad und den Führern der verbündeten Parteien, arbeitete am Ende den Entwurf aus, über den am 15. Oktober abgestimmt wurde.

Wie zu erwarten, waren am Ende die Artikel, die soziale Gerechtigkeit zur Grundlage der Gesellschaft machen wollten, verschwunden. Statt dessen wird der Staat nun dazu verpflichtet, „die irakische Wirtschaft gemäß moderner ökonomischer Grundlagen zu reformieren“, auf eine Weise, die den „privaten Sektor ermutigt und entwickelt“. Speziell im Ölsektor fordert der neu eingefügte Artikel 110 „Strategien anzuwenden“, die auf „den modernsten Techniken der Marktprinzipien beruhen und Investitionen begünstigen.“

Diese Strategien flossen bereits in ein neues Gesetz über die Ölförderung, das unmittelbar nach den Wahlen im Dezember verabschiedet werden soll. Verhandlungen mit US-amerikanischen und britischen Ölkonzernen über langjährige, sogenannte Produktionsteilungsabkommen für die ersten zwölf neu zu erschließenden Ölfelder haben ebenfalls schon begonnen und sollen bis Herbst nächsten Jahres unter Dach und Fach sein. Allein diese Abkommen würden, nach Schätzung von Experten, Einnahmeverluste für den Irak in Höhe von knapp 200 Mrd. US-Dollar bedeuten. Joachim Guilliard ist Autor von Büchern über den Irak

-Anzeige-

von Joachim Guilliard

Ende Oktober dieses Jahres ist im Irak per Referendum eine neue Verfassung in Kraft getreten. Während im Vorfeld den entsprechenden Diskussionen um Frauenrechte, Föderalismus oder die Einführung islamischen Rechts viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, blieb eine mindestens ebenso wichtige Streitfrage stets ausgeklammert: die nach der zukünftigen ökonomischen Struktur des Landes. Den ersten Entwürfen der Verfassung zufolge schwebte den meisten Mitgliedern der Verfassungskommission wohl ein Wohlfahrtsstaat skandinavischen Typs vor, in dem Iraks Ölreichtum jedem Bürger des Landes ein Recht auf freie Bildung und Gesundheitsversorgung, auf Wohnung und andere soziale Dienstleistungen finanzieren sollte. „Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage für den Aufbau einer Gesellschaft“, hieß es beispielsweise in einem im Juni von der irakischen Zeitung „Al-Mada“ veröffentlichten Entwurf. Soziale Gerechtigkeit sollte zudem auch die Basis der Wirtschaft sein und Iraks natürliche Ressourcen sollten weiterhin kollektives Eigentum seiner Bürger bleiben. Mit den Absichten der US-Regierung sind solche Vorstellungen schwerlich vereinbar. Sie hat lange vor der Invasion ganz andere Pläne für das ölfreiche Land ausgearbeitet. Sie sind detailliert nachzulesen in einem Vertrag, den sie im Juli 2003 mit dem Consulting-Unternehmen „BearPoint“ abschloß, in dessen Händen die Umsetzung der ehrgeizigen Vorhaben gelegt wurde. „BearPoint“ wurde darin beauftragt, „den grundlegenden juristischen Rahmen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, indem aus der einzigartigen Möglichkeit, die die gegenwärtigen politischen Umstände für einen raschen Fortschritt in diesem Bereich bieten, angemessen Kapital geschlagen wird.“

Verstoß gegen internationales Recht

Obwohl es nach internationalem Recht einer Besatzungsmacht untersagt ist, die

grundlegenden Gesetze eines Landes und seine wirtschaftliche Struktur zu ändern, begann die Besatzungsbehörde unter US-Statthalter Paul Bremer 2003 so-

Appell Stoppt die Eskalation! Deutsche Unterstützung der Besatzung beenden!

Damit protestieren namhafte Völkerrechtler, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Friedensaktivisten gegen die militärische Eskalation im Irak. Vom neu gewählten Bundestag und der neuen Bundesregierung fordern sie ein Ende der Unterstützung von Krieg und Besatzung.

Weitgehend unbeachtet von den großen Medien führten die US-Truppen Anfang September eine neue Großoffensive gegen die nordirakische Stadt Tal Afar durch. Erneut kamen Hunderte Frauen, Männer und Kinder ums Leben oder wurden verwundet. Die meisten der 200.000 Einwohner sind geflohen. Zuvor waren Samarra, Bakuba, Qaim, Hit, Haditha Opfer ähnlicher Angriffe geworden. Falludscha liegt seit November 2004 in Trümmern.

Dieses brutale militärische Vorgehen heizt die Gewalt weiter an, durch den Einsatz kurdischer und radikal-schiitischer Milizen drohen bürgerkriegsähnliche Zustände.

Wir verurteilen diese Terrorakte der Besatzungstruppen. Ebenso verurteilen wir selbstverständlich auch die Anschläge terroristischer Gruppen auf unbeteiligte Zivilisten. Doch auch diese

sind Folge der US-amerikanischen Besatzung, die die Hauptursache für die Probleme im Irak ist und keinesfalls zu ihrer Lösung beitragen kann.

Die Besatzung ist weder durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats noch durch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat rechtmäßig geworden. Statt sie zu beenden und dem irakischen Volk die Organisation seiner Gesellschaft selbst zu überlassen, sowie die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine völlig abhängige Regierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Die Besatzungspolitik vertieft absichtlich die ethnischen, konfessionellen und religiösen Gegensätze in der irakischen Gesellschaft und bedroht die staatliche Einheit des Iraks. Die nun vorgelegte neue Verfassung bekräftigt diese Tendenzen. An der Besatzungsrealität selbst wird sie nichts ändern.

Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen ohne Bedingungen aus dem Irak abzuziehen und Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden zu leisten.

Wir fordern den UN-Sicherheitsrat auf, endlich die gravierenden Verstöße

der Besatzungsmächte gegen Menschenrechte, Genfer Konventionen und andere Abkommen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir fordern die Fraktionen des neu gewählten Bundestages und die neue Bundesregierung auf, der politischen, ökonomischen und militärischen Unterstützung dieses Verbrechens – die nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ebenfalls ein „völkerrechtliches Delikt“ ist – unverzüglich ein Ende zu bereiten und auf die Verbündeten einzuwirken, ihre Truppen aus dem Irak zurückzuziehen. Wir fordern Asyl für all jene Soldaten, die sich weigern, im Irak Krieg zu führen.

Wer den Appell (vom 13. Oktober 05) unterzeichnen möchte, sende (unter Angabe von Namen, Wohnort, sowie evtl. Beruf, Organisation, politische, gesellschaftliche Funktion) eine E-Mail an: Joachim.Guilliard@t-online.de, ein Fax an 06221/168995 oder schreibe an: Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg, c/o Joachim Guilliard, Viktoriastr. 48, 69126 Heidelberg
Infos unter: http://www.iraktribunal.de/akf/Ordner/akf/aktionen/erklaeerung_abzug_0605.htmZum Hintergrund

Konferenz der Kooperation für den Frieden
Am 21. Januar und 22. Januar 2006 findet in Hannover die Konferenz der Kooperation für den Frieden statt.
Samstag von 10.30 bis 18.30 Uhr und Sonntag von 10.00 bis 13.00 Uhr
Die Kooperation ist ein Bündnis von ca. 40 Friedensgruppen.
Thema ist die Zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention in der Außenpolitik. Es wird das Konzept einer »Monitoring-Arbeitsgruppe« vorgestellt, die für aktuelle Konfliktsituationen Möglichkeiten der Zivilen Konfliktbearbeitung aufzeigt. Beispielfhaft werden drei Krisenherde auf Handlungsmöglichkeiten hin untersucht: Türkei/ Kurdistan, Iran/ USA-EU und Israel/ Palästina. Beteiligt sind u. a. Andreas Buro, Mohsen Massarat, Hanne Birckenbach, Gisela Penteker, Wiltrud Rösch-Metzler. Nähere Informationen und Anmeldung: www.koop-frieden.de, <mailto:friekoop@bonn.comlink.org>

EU-Atomwaffenpolitik

Alle Stufen der Eskalationsleiter



Der Atomforschungsreaktor in Garching bei München

von Gerald Oberansmayr

Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. ...der Aufbau der Vereinten Europäischen Strategischen Streitkräfte, die sich unter einem gemeinsamen europäischen Oberkommando des Atomwaffenpotentials Frankreichs und Großbritanniens bedienen können, wird die internationale Rolle der EU verändern. ... Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“

Dieses Zitat stammt aus einer Studie des „Centrums für Angewandte Politikforschung“ (CAP) über die „Zukunft Europas“. Das CAP ist einer der bedeutendsten deutschen Think-Tanks zur

Steuerung der deutschen Außenpolitik, Hauptfinanzier ist Bertelsmann, der größte europäische Medienkonzern. Die Aussage ist simpel: Keine Supermacht ohne Verfügung über die „Superbombe“. Es ist keine Zufall, daß vor allem die deutschen Machteliten die „europäische A-Bombe“ liebgelernt haben. Denn der direkte Zugriff Berlins auf die Atombombe ist durch den Atomwaffensperrvertrag (NPT) verwehrt, die „europäische Hintertür“ hat man sich allerdings wohlweislich offengelassen: Deutschland unterschrieb den Vertrag nur mit der Einschränkung, daß man sich nicht mehr daran gebunden fühle, falls es europäische Atomstreitkräfte gäbe. Und die EU selbst ist nicht Unterzeichner des NPT.

Im derzeit auf Eis liegenden EU-Verfassungsentwurf ist keine Rede vom Verzicht auf Massenvernichtungswaf-

fen, die EU-Staaten sollen sogar dazu verpflichtet werden, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 1-41, Abs. 3). Im vergangenen Jahr hat der EU-Rat das „European Defence Paper“ in Auftrag gegeben, um die EU-Sicherheitsstrategie zu konkretisieren. In diesem Papier, in dem die noch „mangelnde militärische Eskalationsdominanz“ der EU moniert wird, werden umfassende Vorschläge zur Stärkung der EU-Militärmacht unterbreitet, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß dabei die „nationalen Atomstreitkräfte von EU-Mitgliedsstaaten (Frankreich und Großbritannien) explizit oder implizit in die Gleichung eingehen können.“ Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) forderte gleichzeitig eine „Neuausrichtung des teilweise überkommenen Völkerrechtsverständnisses“. Es müsse die „Zulässigkeit von Präventivschlägen“ festgestellt und ein Angriffskrieg mit Atomwaffen legitimiert werden, heißt es bei der KAS: „Selbst die nukleare Präemption ist eine zumindest theoretisch vorstellbare Option.“

Jenseits des Rheins wird das ähnlich gesehen. Die französische Zeitung „Libération“ enthüllte im Oktober 2003 Aussagen der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie, wonach Frankreich – ähnlich den USA – an einer neuen Generation von sogenannten Mini-Atombomben arbeite, „mit denen man ein Blockhaus treffen und in seinem Innern eine Atomexplosion auslösen“ kann. Ziel solcher Atomschläge seien „verrückt gewordene“ Regimes in der Dritten Welt. Nach heftigen Reaktionen in der französischen Öffentlichkeit rüdete Alliot-Marie zwar in den Medien wieder zurück, am ambitionierten französischen Nuklearprogramm (siehe Kasten) wurde aber kein Beistrich geändert: Bis 2008 sollen 17 Milliarden Euro in die Modernisierung der französischen Atomstreitmacht investiert werden. Ein unverdächtig Zeuge – die regierungsnaher Stiftung Wissenschaft und Politik – erläutert die damit verbundene Strategie: „Frankreich verfolgt die Modernisierung seiner Atomwaffen mit großer Entschlossenheit. Die bis 2010 geplante Verbesserung der Präzisions- und Penetrationsfähigkeiten der nuklearen Fähigkeiten ... eröffnet Paris die Möglichkeit, einen Gegner durch einen gezielten nuklearen Ersteinsatz von seinem Vorhaben abzuhalten, Frankreich anzugreifen.“

Berlin verfolgt die Pariser Atompläne ausgesprochen wohlwollend. Denn Frankreichs Eliten senden immer wieder Signale aus, daß man sich die „Europäisierung“ des französischen Nuklearpotentials vorstellen könne. Schon Anfang

der 90er Jahre deutete der französische Außenminister Poncet an, daß „am Ende des Weges zur europäischen Solidarität klarerweise auch die nukleare Solidarität stehen“ werde. In einem deutsch-französischen Strategiepapier, das von der deutschen Gesellschaft für Außenpolitik gemeinsam mit dem „Institut français des relations internationales“ ausgearbeitet wurde, heißt es dazu: „Die EU verfügt über alle notwendigen Instrumente, um von politischem Druck über wirtschaftliche Sanktionen bis hin zur Drohung eines Einsatzes konventioneller und nuklearer militärischer Mittel alle Stufen der Eskalationsleiter abzurufen. Dies kann in dem immer noch sehr heterogen strukturierten Gesamtrahmen von GASP/ESVP jedoch nur dann in effizienter Weise geschehen, wenn alle Instrumente auf EU-Ebene koordiniert und in eine gemeinsame Strategie integriert werden.“

Ganz will man sich in Berlin freilich nicht auf Paris verlassen, um den Fin-

Frankreich:
17 Mrd. Euro für neue Atomwaffen

● Bis 2008 wird eine neue Generation von atomaren Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 6.000 bis 8.000 Kilometern produziert, die „an Zielgenauigkeit und Kapazität den bisherigen M-45-Raketen deutlich überlegen“ sein soll. (EADS-Pressemitteilung, 30.11.2000)

● Bis 2007 soll auch eine neue Generation nuklearer Mittelstreckenraketen (ASMP-plus) einsatzbereit sein. Sie verfügen über eine deutlich erhöhte Reichweite von 500 (früher 300) Kilometern und sollen zunächst auf Mirage- und später auf Rafale-Kampfflugzeugen montiert werden.

● Bis 2006 sollen vier Atom U-Boote der Triomphant-Klasse als mobile Abschussbasen für die atomaren Langstreckenraketen zur Verfügung stehen.

● Bis 2010 soll eine neue Generation atomarer Sprengköpfe nach dem Vorbild des US-amerikanischen Mini-Nukes-Konzept entwickelt werden (siehe Artikel auf dieser Seite).

Großbritannien:
Ausbau Atombombenzentrum

Seit 1950 steht in Aldermaston in Berkshire die britische Atombombenfabrik. Das „Atomic Weapons Establishment“ (AWE) ist verantwortlich für den größten Teil der britischen Atomforschung, für die Entwicklung von Waffendesign und die Produktion der meisten Atomwaffenkomponenten. Es ist die Heimat der Trident-Sprengkopfproduktion (Großbritanniens Atomwaffen), zuständig für Wartung, Forschung und Entwicklung. Britische Atomwaffengegner (CND = campaign for nuclear disarmament) sind überzeugt, daß neue Forschung und Entwicklung dort geplant ist oder sogar bereits stattfindet, um sich auf den Bau neuer Atomwaffen vorzubereiten. In letzter Zeit hat es umfangreiche Modernisierungsinvestitionen in Aldermaston gegeben (neue Laboratorien, Supercomputer und Laser, die das Testen von Atomwaffen simulieren können). Geplante neue Einrichtungen, Baubeginn war 2005, kosten zwei Milliarden Pfund. Ein großer Zuwachs in der Belegschaft ist ebenfalls geplant, möglicherweise bis zu 309 Wissenschaftler.

Deutschland:
Hoch angereichertes Uran in Garching

2004 ist – trotz Protest der Internationalen Atomenergiebehörde – der Atomforschungsreaktor FRM II in Garching bei München in Betrieb gegangen. Dieser wird mit hoch angereichertem waffenfähigem Uran (HEU) betrieben. Eingefädelt wurde die Lieferung von russischem HEU über EURATOM.

Aus HEU können innerhalb weniger Stunden Atomwaffen vom Hiroshima-Typ gebaut werden. Garching soll zwar nur bis 2010 mit 93% angereichertem HEU betrieben werden, doch die bayerische Landesregierung beginnt bereits jetzt, die Umstellung danach auf höchstens 50%-angereichertes Uran in Frage zu stellen.

ger an den nuklearen Abzugshahn zu bekommen. Die Option der „deutschen Atombombe“ bleibt im Talon. Der 2004 in Betrieb gegangene Atomforschungsreaktor FRM II in Garching bei München wird mit hochangereichertem Uran (HEU) betrieben (siehe Kasten). HEU ist – im Unterschied zu Plutonium – technologisch ein besonders einfacher Weg für den Bau von Atombomben. Alexey Yablokov, Mitglied der russischen Akademie der Wissenschaften, berichtete bei einem Symposium der „Plattform gegen Atomgefahren“, von

einem Gespräch, das er in seiner Funktion als früherer Mitarbeiter des russischen Präsidenten Boris Jelzin mit einem hochrangigen Beamten des deutschen Außenamtes geführt hatte. Auf seine Frage, wie lange Deutschland brauchen würde, um Atomwaffen zu bauen, antwortete dieser mit der Gegenfrage: „Denken Sie dabei an Wochen oder Monate?“

Gerald Oberansmayr ist Mitglied der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz

-Anzeige-

Ossietyzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

„Ossietyzky“ erscheint alle zwei Wochen im Fokus der Domäne des Menschen, des Politischen, des Sozialen – jeder Zeit voller Widersprüche gegen Militarisierung, gegen Imperialismus und verkommenes Progressivität, gegen Globalisierung, gegen die Machtstrukturen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Jetzt bestellen Sie die Zweiwochenschrift **OSSIETYZKY** als

- ☐ kostenloser Probeheft
- ☐ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 64,-)
- ☐ Halbjahresabo zu € 29,-
- ☐ Jahrestarife zu € 73,- € 104,-

Vorname, Name _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Wohnort _____

Die Abos kann innerhalb einer Woche, bitte, durch schriftliche Mitteilung, werden. Wird es nicht zur Weiterverteilung des Zeitungsvertrages schriftlich genehmigt, verlängert sich der Abo um ein Jahr.

☐ ja ☐ nein

Marketing Ossietyzky GmbH • Yorckstr. 11 • 10167 Hannover
Fax 0511 / 874 648-49 • ossietyzky@t-online.de • www.ossietyzky.de

Münchner Sicherheitskonferenz 2006

Steldichein der Kriegstreiber

Am 3. und 4. Februar 2006 findet in München ein weiteres Mal eine sogenannte Nato-Sicherheitskonferenz statt. Militärs und Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes aus Dutzenden Ländern geben sich dann im exklusiven Hotel „Bayerischer Hof“ ein Steldichein. Gastgeber ist Horst Teltschik, der frühere BMW-Top-Manager, der seit einigen Jahren hierzulande die Interessen von Boeing, dem weltweit größten Hersteller von Tötungsgeräten aller Art, vertritt. Die Bayerische Staatsregierung wird sich rühmen, dass das Bundesland Bayern Standort der wichtigsten deutschen Rüstungsbetriebe ist. Der neue Verteidigungs- und Kriegsminister Franz-Josef Jung wird deutlich machen, dass es mit der großen Koalition beim Thema Rüstung und Krieg eine „deutsche Kontinuität“ gibt und man nach der Beteiligung am Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 und vor dem Hintergrund zahlreicher Bundeswehr-Engagements auf dem Balkan und in Afghanistan mit weiteren deutschen Auslandseinsätzen rechnen kann.

Doch vor Ort wird, wie seit vier Jahren, auch die Antikriegsbewegung präsent sein: mit Demonstrationen, Kundgebungen und Gegen-Kongressen. Die Zeitung gegen den Krieg dokumentiert Aktivitäten gegen das Münchner Treffen der Kriegstreiber.



Foto: Arbeiterfotografie

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Militärtagung am 3./4. Februar 2006 in München

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit

„Die Münchner Sicherheitskonferenz“, schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, „ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärallianz strategische Entscheidungen beraten und untereinander abstimmen.“

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog“.

Bei der jährlich stattfindenden sogenannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.

Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – abgesichert durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung

auf Münchens Straßen. Dort tagen die Außen- und „Verteidigungsminister“, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegscoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren ging es um die Besatzungsherrschaft im Irak und um Pläne gegen den Iran.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Wortlaut der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer

Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung von „Auffanglagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme sind zwei Seiten einer Medaille.

Alein in Deutschland soll die Anschaffung neuer Waffensysteme in den nächsten 10 Jahren rund 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und von Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.

Krieg und Sozialkassenschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Paß. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest.

Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.

Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.

Die NATO-Militärtagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: **Massenhaften Protest und Widerstand!**

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
- Für ein soziales Europa - Keine EU-Militärmacht
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung

- Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
- Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager - Fluchtursachen bekämpfen
- Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage

NO JUSTICE NO PEACE / Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Freitag, 3. Februar 2006
Aktionstag mit kreativen Aktionen gegen die NATO-Militärtagung
17 Uhr Kundgebung am Marienplatz
Samstag, 4. Februar 2006
Großdemonstration gegen die NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof
12 Uhr vom Lenbachplatz zum Marienplatz

Wir bitten Organisationen, Gruppen und Initiativen – nicht nur in München, sondern auch bundesweit –, diesen Aufruf gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2006 zu unterstützen und zu den geplanten Gegenveranstaltungen und Protesten zu mobilisieren.

Kontakte: email: GegenKriegEMail@aol.com
fax: 089/168 94 15
Zur Durchführung der Gegenaktionen brauchen wir Spenden auf folgendes Konto:
Martin Löwenberg, Konto-Nr. 28 26 48 02,
Postbank München BLZ 700 100 80
Stichwort 'no-nato-2006'

Nein zu Krieg und Militarisation

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg

Zwei Gegenveranstaltungen zur Sicherheitskonferenz

Mit dem (vorläufigen) Scheitern des EU-Verfassungsvertrags ist die Militarisation der Europäischen Union keineswegs zum Stillstand gekommen. Der Aufbau der sogenannten Battle Groups und die Aufstellung der seit längerem beschlossenen europäischen Einsatzkräfte werden ebenso vorangetrieben wie die Einrichtung der „Europäischen Verteidigungsagentur“. Friedensbewegung und demokratische Öffentlichkeit einschließlich verantwortungsbewußter Militärs in den EU-Staaten sind aufgerufen, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten, öffentlich zu kritisieren und alternative Konzepte zu entwickeln.

Eine **Expertenkonferenz am 1. und 2. Februar**, unmittelbar vor der NATO-Sicherheitskonferenz, soll die Umriss einer europäischen Sicherheitsarchitektur skizzieren, die eine friedliche Alternative zur herrschenden Militärdoktrin der NATO wie der EU darstellt. Als Experten nehmen kompetente Vertreter einer aktiven Friedens- und Sicherheitspolitik aus der Friedensforschung und aus Kreisen ehemaliger Militärs teil.

Eine **Internationale Friedenskonferenz am 3. und 4. Februar** soll die Kritik an der bestehenden Kriegspolitik ausdrücken und Konzepte für Frieden, Abrüstung und Konfliktbearbeitung öffentlichkeitswirksam vorstellen. Sie soll zeigen, daß Krieg Probleme immer nur verschärft und auch die Gefahren durch den „internationalen Terrorismus“ erhöht, wie die jüngste Vergangenheit drastisch vor Augen geführt hat. Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen zur Internationalen Friedenskonferenz der letzten Jahre hat gezeigt, daß ein großes Interesse besteht, sich mit Chancen und Möglichkeiten einer

kooperativen Politik auseinanderzusetzen und Alternativen zu einer auf Machtstreben und Gewalt basierenden Politik kennenzulernen. Die öffentliche Gegenkonferenz soll der Entwicklung einer anderen politischen Kultur und deshalb auch der Vernetzung der internationalen Friedens- und Sozialbewegungen dienen.

Mittwoch, 01. Februar 2006

Öffentliche Podiumsveranstaltung mit Tobias Pflüger, MdB, Florian Pfaff u.a.

Donnerstag, 2. Februar 2006, 9.30 – 18.00 Uhr

Alternativenkonferenz „Was heißt hier Sicherheit?“

- Panel I: Militarisierung der EU und die NATO: Militarisierung auch ohne Verfassungsvertrag
 - Panel II: Bundeswehr – Vom Verfassungsauftrag zum weltweiten Interventionismus
 - Panel III: Konfliktursachen zivil begegnen
 - Panel IV: Grundzüge einer alternativen europäischen Sicherheitsarchitektur
- Mit: Tobias Pflüger, Ernst Voit, Florian Pfaff, Claudia Haydt, Arne Seifert, Werner Ruf, Erhard Crome, Heinz Loquai, Peter Strutyński, Rainer Braun u.a.

Ort: DGB-Haus, Schwanthalerstr. 68, 80336 München
Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag; DFG/VK; attac; Münchner Friedensbündnis; Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus; Darmstädter Signal; Militärs für den Frieden/Griechenland; AK Sicherheitspolitik/Dresden. Unterstützt wird die Konferenz von der Rosa Luxemburg Stiftung und ver.di München · Kontaktadresse: DFG-VK-Büro, Schwanthalerstr. 133, 80339 München, Tel. 089/89623446, Fax 089/8341518, eMail: muenchen@dfg-vk.de · Näheres auf den

Webseiten von attac, der DFG-VK und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Internationale Friedenskonferenz

Schirmherr: Prof. Hans-Peter Dürr
Freitag, 3. Februar 2006, 19.30 Uhr (voraussichtlich Saal des alten Rathauses)

Friedensprozesse – Erfahrungen und Hoffnungen

Einführung: Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)
Beendigung des Bürgerkrieges in Mozambique; Dieter Wendelein, Sant Egidio
Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit im Kaukasus; Roswitha Jarman, London

Basisbewegungen zwischen Staat, Warlords und internationalen Konzernen; Emanuel Matondo (Angola)

Ausblick: Positionen der Friedensbewegung und Folgerungen
Samstag, 4. Februar 2006, 9.30 bis 12 Uhr, EineWeltHaus und DGB-Haus

Diskussionsforen / Workshops

zur Vertiefung der Themen vom Vorabend

Samstag, 4. Februar, 19.00 Uhr, DGB-Haus Großer Saal

Wie ist der Krieg gegen den Iran abwendbar?

Podiumsdiskussion mit Prof. Mohssen Massarat, Dr. Kathayoum Amirpour, Andreas Zumach
Veranstalter: attac München · Münchner Friedensbündnis und Münchner Friedensbüro e.V. · DFG-VK Landesverband Bayern · Friedensinitiative Christen in der Region München e.V. · Pax Christi München · NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit · Kreisjugendring München

Palästinensisches Autonomiegebiet – Ein Gespräch mit Abdallah Franghi

Rückkehr nach vier Jahrzehnten

Herr Franghi, wir haben eine neue Situation: Abzug der Israelis aus Gaza, eine neue Partei um Sharon, einen neuen Chef der Arbeitspartei und bevorstehende Wahlen im Autonomiegebiet und in Israel. Gibt es Hoffnungen auf einen Neuanfang in Frieden?

Das Wort Hoffnung würde ich sehr vorsichtig verwenden. Ministerpräsident Sharon verfolgt weiter das Ziel, keinen unabhängigen und überlebensfähigen palästinensischen Staat zuzulassen. Er weitet die Siedlungspolitik im Westjordanland aus. Gleichzeitig treibt die israelische Regierung den Bau der Mauer auf palästinensischem Gebiet voran. Was in Israel positiv ist, ist die Wahl des neuen führenden Vertreters der Arbeitspartei, Amir Perez. Die neue Politik bei der Arbeitspartei ist positiv für Israel und für die Annäherung von Palästinensern und Israelis.

Die israelische Armee betreibt in den Gebieten, die zur Autonomiebehörde zählen, vielfach eine Okkupationspolitik. Doch die Position von Hamas – und

politisch und moralisch. Er erklärte sinngemäß, dass eine Gesellschaft, deren Mitglieder das eigene Leben und das Leben anderer Zivilisten verachten, keine zukünftige, solidarische, demokratische Gesellschaft schaffen kann. Was ist ihre persönliche Meinung zu Selbstmordattentätern, die auch Anschläge auf zivile Ziele in Israel durchführen?

Es handelt sich um eine Entwicklung in dieser Region, die man sich hier in Europa nicht vorstellen kann. Diese Entwicklung wurde in erster Linie durch die Brutalität der israelischen Armee gegenüber palästinensischen Zivilisten hervorgerufen. Man ruft solche Reaktionen hervor, wenn man mit Phantom-Kampffjets über Häuser fliegt und 2-Tonnen-Bomben abwirft und dabei Zivilisten tötet. Da kommt es unweigerlich zu den Rufen nach Rache. Hinzu kommt die Instrumentalisierung der Religion, wobei man den Leuten einredet, dass sie sich für eine heilige Sache aufopfern und dafür im Paradies belohnt werden. Doch dieses Denken kann nur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft selbst radi-



Foto: Lothar Eberhardt

ihre Praxis der Selbstmordanschläge, die sich auch gegen zivile Ziele richten – laufen darauf hinaus, den Staat Israel als solchen zu zerstören.

Die israelische Armee hat viele junge Leute ermorden lassen, die für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten. Sie hat damit den Keim für die jetzigen Reaktionen der Gewalt gelegt. Die Reaktion von palästinensischer Seite wird solange stattfinden, wie die israelische Armee die jetzige Politik verfolgt. Wir benötigen Verhandlungen, auch über den Abbau der israelischen Siedlungen.

Hamas ist eine politische Kraft, die versucht, uns – die Fatah – zu ersetzen. Hamas versucht das mit einer doppelzüngigen Politik: Sie akzeptieren das Oslo-Abkommen nicht und sie erklären, den Staat Israel zerstören zu wollen. In der Praxis betreiben sie eine Politik, die, wie die unsere, auf einen Palästinenserstaat in der Westbank und im Gaza-Streifen abzielt, also in den Grenzen von 1967. Diese unehrliche Politik muss gestoppt werden.

Ich hatte 1996 in Gaza ein Gespräch mit Haider Abdel Shafi zum Thema Selbstmordattentäter. Er hatte zwar Erklärungen dafür, wie es zu solchen Terrorakten kommt, verurteilte diese aber gleichzeitig po-

kal geändert werden. Das setzt aber voraus, dass die Menschen ein normales Leben führen können.

Der iranische Präsident Ahmadinedschad hielt vor wenigen Wochen eine Brandrede, in der er eine Vernichtung des Staates Israel forderte. Diese – in meiner Sicht auch antisemitische – Rede hat die Kriegsgefahr in der Region erhöht, wobei sie dem entscheidenden Kriegstreiber, der US-Regierung, neue Vorwände für einen Krieg bot.

Das war keine antisemitische Rede. Es war eine antiisraelische Rede. Ich verteidige diese Positionen nicht. Es handelt sich um eine naive Politik. Ich finde, es muss in dieser Region ein einheitlicher Maßstab gelten. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, dass der Iran keine Atomwaffen haben darf, und gleichzeitig gestatten, dass der Staat Israel mit 200 oder mehr Atombomben die größte Atommacht der gesamten Region darstellt. Ich bin gegen Atomwaffen und für eine atomwaffenfreie Region. Aber Israel muss also erklären, dass es auf Atomwaffen verzichtet.

Es gibt in der deutschen Linken einen, wie ich finde scheinbaren Antagonismus. Dieser besagt, dass man

Krisenherd Naher Osten

Der Nahe und Mittlere Osten spielt seit Jahrzehnten eine entscheidende Rolle beim Prozess von Rüstung, Militarisierung und Kriegsgefahr. Die ökonomischen Ursachen dafür liegen im Ölreichtum der Region und in einem Kapitalismus, dessen Funktionsweise immer mehr von Öl abhängt. Der Westen – angeführt von der US-Regierung – hat seit dem Sturz des iranischen Ministerpräsident Mossadegh im Jahr 1953 immer wieder direkt in das politische Geschehen eingegriffen. Brutale Diktaturen wie dasjenige von Saddam Hussein konnten sich in erster Linie durch die Unterstützung des Westens, nicht zuletzt durch diejenige der Bundesregierungen in Bonn und Berlin und durch die Hilfe deutscher Konzerne – lange Zeit an der Macht halten. Im irakisch-iranischen Krieg (1982 bis 1990) unterstützten der Westen im allgemeinen und die Bundesregierung und deutsche Konzerne im besonderen beide Seiten, so dass diese zur Kriegsfinanzierung massiv Öl exportierten und der Ölpreis auf Rekordtief sank. Die irakische Bevölkerung blickt nach zwei Kriegen 1990/91 und 2003 nunmehr auf fast vier Jahrzehnte Diktatur, Kriege und Unterdrückung.

Im Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen Seite unterstützte der Westen in der Regel einseitig die israelische Regierung, einschließlich ihrer Siedlungs- und Okkupationspolitik in den palästinensischen Gebieten. In der Region wächst erneut die Kriegsgefahr. Ein Krisenherd ist dabei

entweder pro Israel ist – und damit für Sharon und gegen die Palästinenser wäre. Oder dass man für die palästinensische Bevölkerung und deren Rechte eintritt, und damit – angeblich – gegen Israel sei. Ist dieser Antagonismus real oder gibt es andere, differenzierte Positionen?

Diese Sicht ist Resultat einer falschen Haltung gegenüber Israel. Es wurden in der Nazi-Zeit Verbrechen an den Juden begangen. Das muss eindeutig verurteilt werden. Aber man kann nicht die gesamte deutsche Politik von diesem einen Punkt aus ableiten. Würde die Bundesregierung sagen, dass sie jeden israelischen Ministerpräsidenten unterstützt, der die Menschenrechte akzeptiert und der Frieden mit den Palästinensern schließt, dann wäre das ein Beitrag für den notwendigen Versöhnungsprozess zwischen den Israelis und den Palästinensern. Was aber stattfindet, ist, dass von den deutschen Regierungen die israelische offizielle Politik akzeptiert wird, egal wie diese aussieht. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer hat genau diesen Fehler gemacht – und unter anderem zu verantworten, dass an die israelische Regierung von einer deutschen Werft mehrere hochmoderne U-Boote, die mit atomaren Waffen ausgerüstet werden können, geliefert wurden.

Es gibt aus meiner Sicht aber nicht einen schematischen Gegensatz Israel-Deutschland. Auf beiden Seiten haben wir Klassengesellschaften. Auf der deutschen Seite gibt es neben der Bundesregierung auch eine Friedensbewegung, so wie es auf der israelischen Seite neben der Sharon-Regierung auch Gush Shalom gibt.

Wenn die deutsche Friedensbewegung so handelt, wie Gush Schalom in Israel, dann ist das wunderbar. Man muss sagen: Wir unterstützen die Mehrheit der Bevölkerung in Israel, die ja den Frieden will. Aber wir unterstützen nicht die Besatzungspolitik des israelischen Militärs.

Sie waren mehr als vier Jahrzehnte in unserem Land. Sie gehen jetzt für immer, wie Sie sagen, nach Gaza. Was ist die Bilanz Ihrer Arbeit?

Als ich Anfang 1963 als Student nach Frankfurt am Main kam, da wurde ich am Flughafen nach meinem Pass gefragt. Ich zeigte meine Papiere. Da hieß es: Das ist kein Passport; da sind irgendwelche Papiere. In meinen Papieren stand: „Flüchtling; staatenlos“. In wenigen Tagen gehe ich zurück. Wir haben eine Generaldelegation – ich wünschte mir, es wäre bald eine Botschaft. Ich habe einen palästinensischen Diplomatenpass. Der Staat Palästina ist zum Greifen nah. Die Deutschen wissen das. Es gibt einen lebhaften Austausch zwischen den Institutionen unserer beider Länder. Es gibt funktionierende deutsch-palästinensische Beziehungen. Ich wurde gestern bei Bundespräsident Köhler empfangen. Wir sprachen darüber, was wir gemeinsam für den Frieden im Nahen Osten tun könnten.

Letzten Endes werden die deutsch-palästinensi-

schen Beziehungen vor allem von der Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes abhängen. Je näher wir an einen Frieden in unserer Region herankommen, desto besser können sich unsere Beziehungen zu Deutschland entwickeln. Es gilt auch das Umgekehrte.

Was erwartet Sie in Gaza?

Mein Beschluss, nach Gaza zu gehen, fiel, nachdem ich Arafat als Präsident und Freund verloren hatte. Ich begleitete seinen Leichnam von Paris nach Palästina. Am zweiten Tag gab es im Gaza-Streifen eine Schießerei in einem Zelt in Anwesenheit von Präsident Abbas. Sie resultierte in zwei getöteten jungen Palästinensern. Es hatte sich um eine Auseinandersetzung innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft gehandelt. Der Tod von Arafat und das, was sich in diesem Zelt abspielte, haben mich dazu bewegt, den Rest meines Lebens für Fatah einzusetzen. Fatah ist als Partei der Garant für die Zukunft von Palästina. Ein Garant für die Schaffung einer Demokratie in unserer Gesellschaft. Und der Garant dafür, dass unsere Gesellschaft nicht radikal-islamistisch dominiert sein wird. Ich bin beauftragt, in al-Fatah die Reformpolitik weiter zu entwickeln.

Wichtig ist, klarzustellen, dass es Hamas nicht gelingen darf, das Schicksal der Palästinenser zu bestimmen. Die Zukunft der Palästinenser hängt davon ab, inwieweit sich al-Fatah als Bewegung reformieren kann.

Abdallah Franghi ist Gernaldellegierter Palästinas in Deutschland – das Interview für die ZgK führte Winfried Wolf in Berlin am 26. November 2005

„... bis zur Vernichtung“

Auszug aus der Rede von Mahmud Ahmadinedschad an der „Zionismus“ am 26.10.2005 in Teheran

Ahmadinedschad forderte zu Beginn seiner Rede die Anwesenden zu rufen: „Die Gründung des Zionistischen Regimes ist ein schwerer Fehler des Islam gewesen. Zwischen diesen beiden gibt es einen Jahrbuch eine Änderung des Kräfteverhältnisses gab. Leider gab es in der islamischen Welt gegenüber der tyrannischen Welt. Vor 100 Jahren nie der islamischen Welt und die tyrannische Welt hat das Zionismus islamischen Welt installiert und dies zum Stützpunkt für ihre Expansion in der islamischen Welt gemacht. ... Der Kampf zwischen Palästina und Israel ist ein Kampf zwischen Tyrannie und der Jahrhunderte alte Kampf zwischen diesen beiden. Das ist das palästinensische Volk, so wie bisher, seinen Kampf bis zur Vernichtung zu führen.“

Quelle: Bericht über die Rede nach Online Zeitung „Rooz“, <http://roozonline.com>

Kommentar ZgK-Redaktion zum Iran:

1. Es gibt eine konkrete Kriegsdrohung gegen den Iran, ausgesprochen in solchen möglichen neuen Angriffskrieg gibt es zwei Gründe: die US-Regierung verfährene Lage im Irak mit dem wachsenden militärischen Potenzial für einen möglichen US-Angriffskriegs – möglicherweise unterstützt durch die Bundesregierung (siehe ZgK 21, S.8).
2. Der iranische Ministerpräsident fordert in der zitierten Rede die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Er begründet diese Forderung religiös und geopolitisch. Die „tyrannische Welt“ mit dem Vorposten der jüdischen Bevölkerung, ist Kräfteverhältnis erhöht.
3. Ahmadinedschad und Bush sind Fundamentalisten, die sich ergötzen über die Vernichtung des jüdischen Volkes. Iran (siehe den Artikel auf dieser Seite) hat ein großer Teil der Bevölkerung von den inneren Widersprüchen ablenken – durch Militarismus und Nationalismus und durch Nationalismus und Instrumentalisierung der Religion.
4. Die Antikriegsbewegung darf nicht ein Schwarz-Weiß-Denken (Black and White Thinking) an der Widersprüchlichkeit in beiden Gesellschaften anknüpfen. Sie lehnt ja die entscheidende Kriegsgefahr von den USA ausgeht. Sie lehnt ja die Verantwortung für den Krieg gegen den Iran (mit dem Vorwand ein „Atomprogramm“ zu stoppen) ab, wie Anfang 2003 mit ähnlichen Argumenten die Gründe für den Irakkrieg.

Iran – Kriegsgefahr Iran

der Iran unter der neuen Präsidentschaft von Ahmadinedschad. Zwar wird auch hier – wie vor dem Irak-Krieg 2003 – die Gefahr eines Atomkriegs, ausgelöst durch das Regime in Teheran, beschworen. In der Realität ist jedoch die Gefahr eines Angriffskriegs durch den Westen real. Das militärische Schlamassel, in dem sich die US-Armee im Irak befindet, erhöht dabei die Gefahr eines Krieges mit Massenvernichtungswaffen – auch unter Einsatz von Atomwaffen („Mini-Nukes“). Im übrigen sind die Atomwaffen in der Region ebenfalls Resultat westlicher Politik: Die atomare Bewaffnung von Israel und Pakistan kam durch westliche Hilfe zustande. Die iranische Atomtechnik wurde in ihren Ursprüngen von westdeutscher Seite geliefert.

Uns kommt es darauf an, deutlich zu machen: Es gibt nicht die Konflikte Iran versus Westen oder Israel gegen die palästinensische Bevölkerung. In der gesamten Region gibt es differenzierte Gesellschaften – und meist eine Mehrheit in den Bevölkerungen, die Frieden will und am meisten unter Rüstung und Kriegstreiber leidet. Die drei Beiträge aus der Region – ein Gespräch mit Abdallah Franghi (Fatah), ein Artikel von Uri Avnery von der israelischen Friedensbewegung und ein Beitrag eines iranischen Freundes dokumentieren diese Realität.

mung am reaktionärsten Rand der islamistischen Bewegung. Seine politische Heimat, die Ansare Hizbollah (Freunde der Hizbollah) ist eine äußerst reaktionäre Schlägertruppe, die jahrelang keine größere politische Rolle spielte. Die Truppe war für die direkte Unterdrückung der sozialen Bewegungen zuständig und hat immer die Drecksarbeit für das Regime erledigt, vergleichbar mit der SA. Sie war ausführendes Organ der schrecklichsten Grausamkeiten: Säureangriffe auf Frauen auf offener Straße, Geheimmorde an Dissidenten, Angriffe auf offiziell zugelassene Veranstaltungen. Diese Truppe wurde von maßgeblichen Leuten im Regime finanziell und moralisch unterstützt, jedoch ohne dass für sie eine offizielle politische Rolle in der Staatsführung vorgesehen wäre.

Dass so eine Truppe jetzt den Präsidenten stellt, ist dem Umstand zu verdanken, dass über zwei Jahrzehnte ein Konglomerat von korrupten Politikern und staatlich organisierten wirtschaftlichen Banden das Land ruiniert haben. Die iranische Gesellschaft war in den Jahren der sogenannten reformorientierten Präsidenten Rafsandjani und Khatami einerseits den Machenschaften



Iran unter Ahmadinedschad

Reaktionärer Präsident – progressive Bewegungen

von Bahman Schafigh

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen erschien in Teheran eine Erklärung, die von über 600 Aktivisten unterschiedlicher sozialen Bewegungen gezeichnet war. Unter ihnen befanden sich eine Reihe namhafter iranischer Schriftsteller wie „Darwishian“, aber auch Gewerkschafter wie Mansoor Osanlou. Die Erklärung trug den Titel „Ja zur Freiheit, nein zur Aggression“. Die Unterzeichner wandten sich sowohl gegen die reaktionäre Politik

der Herrschenden im Iran als auch gegen die aggressive Außenpolitik der USA. Später erschien eine weitere, ebenfalls von Hunderten Aktivisten unterzeichnete Stellungnahme zu den Wahlen, die ein Boykott der Wahlen bekräftigte. Dies mag auf dem ersten Blick selbstverständlich erscheinen. Nicht jedoch in einem Land wie dem Iran.

Der heutige Iran erscheint als Bollwerk des islamischen Fundamentalismus schiitischer Prägung. Der neue Präsident Ahmadinedschad trägt zur Entstehung dieses Bildes bei. Er kommt aus einer Strö-

der staatlich organisierten Interessenbanden ausgesetzt. Gleichzeitig blutete es unter der Ägide der neoliberalen Öffnung der Märkte aus. Nach offiziellen Angaben leben im heutigen Iran über 40 Prozent unter der Armutsgrenze, während die Anhäufung des Reichtums im privaten Sektor auf Rekordniveau liegt. Der Lebensstandard der durchschnittlichen Bevölkerung liegt weit unter demjenigen in den 70er Jahren zur Zeit der Schah-Diktatur.

Auch die Änderung der geopolitischen Landschaft in der Region begünstigte die Stärkung des ra-

dikalisierten Fundamentalismus. Die US-Vorherrschaft und die Herausforderung des verfeindeten sunnitischen Islamismus unter dem Banner von Al Kaida trug zur Radikalisierung des schiitischen Regimes bei. Seit über vier Jahren entstehen in verschiedenen Landesteilen kaum verhüllt Ausbildungszentren für Selbstmordattentäter. Ahmadinedschad ist auch eine Antwort des schiitischen Fundamentalismus auf Osama bin Laden und auf die missionarisch ausgerichtete US-Politik. Dass sich derartige Entwicklungen gegenseitig bedingen, ist nicht neu. Die zunehmende religiöse Vorherrschaft in Israel war ja auch eine Antwort auf die Machtübernahme durch Khomeini im Iran 1979. Unter diesen Voraussetzungen haben sich die Machtzentren des Regimes für Ahmadinedschad entschieden und ihn als Sieger aus den Wahlen hervorgehen lassen.

Die seit Jahren entstehenden sozialen Bewegungen befreien sich zunehmend aus der Illusion, das Regime reformieren zu können. Zwei herausragende Entwicklungen sind bezeichnend hierfür: die zunehmende Orientierung der Studentenbewegung an linken Ideen und das Entstehen unabhängiger gewerkschaftlicher Strukturen. Die Anzahl der linken Studentenzeiten hat sich in letzter Zeit sprunghaft erhöht. In den Seminarsälen der Unis wird über Marx, Kapitalismus, Neoliberalismus und die Folgen der Globalisierung diskutiert. Es herrscht wieder eine Atmosphäre der Leidenschaft und des sozialen Engagements. Der Wunsch nach einer gerechteren Gesellschaft ist nicht zu überhören. Allein im letzten Jahr entstanden Dutzende Initiativen und Gruppierungen für die Organisation von unabhängigen Arbeiterorganisationen. Mitten in den Präsidentschaftswahlen und die Gunst der Stunde nutzend wurde nach über 20 Jahren Unterdrückung die erste unabhängige Gewerkschaft gegründet. Trotz brutaler Unterdrückung haben sich in Teheran mehr als 8000 Arbeiter der öffentlichen Busbetriebe an der Wahl für Gewerkschaftsgremien beteiligt und damit dem „Syndikat der öffentlichen Busbetriebe“ eine hohe Legitimität verliehen. Die Gewerkschaft wird zwar offiziell als illegal gebrandmarkt, doch sie kann nicht mehr ignoriert werden.

Die Eskalation des Streits mit den USA und dem Westen kommt dem Regime entgegen. Es sind diese Blüten der sozialen Befreiung, die im Rahmen einer Eskalation zerstört werden. Ein Krieg würde diese Entwicklung völlig stoppen. Dann steht nur noch die Frage des Überlebens auf der Tagesordnung. Nicht ohne Grund hat die besagte Gruppe der Aktivisten Anfang Dezember eine weitere Erklärung veröffentlicht, in dem die Bevölkerung auf die Gefahren einer Eskalation aufmerksam gemacht und das Regime gewarnt wird.

Als ein im Exil lebender Iraner, der viele Freunde verloren hat, wünsche ich mir nichts sehnlicher als den Sturz des islamischen Regimes. Doch ausgerechnet die Erfahrung im Iran und der Wechsel von der Diktatur des Schahs zur islamischen Despotie haben gezeigt, dass nicht jeder Wechsel eine Besserung bedeutet.

Uri Avnery ist führender Vertreter der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom

Bahman Schafigh ist Iraner und lebt im Exil in Deutschland

Israel vor Neuwahlen

Zwei Erdbeben

von Uri Avnery

Ein politisches Erdbeben ist selten. Wenn es zu zwei größeren politischen Beben in kurzer Zeitfolge kommt, dann ist in der Regel etwas Unerhörtes geschehen. Das eine Erdbeben war die Wahl von Amir Perez zum neuen Führer der Arbeitspartei. Das andere besteht darin, dass Scharon den Likud-Block verlassen und eine neue Partei gegründet hat.

„Ging Israels!“

auf der Konferenz „Die Welt oh-

n auf, laut die Parole „Tod für Israel“ es Vergehen der tyrannischen Welt gerhundert alten Kampf, in dem es oft letzten 300 Jahren einen Rückzug der zerbrach die letzte Verteidigungslinische Regime an den Übergängen der ansion und ihren Einfluss in der israhel ist ein Kampf zwischen Islam und wird dort entschieden.Ich glaube, Vernichtung Israels fortsetzen wird.“ ine.com/01newsstory/011234.shtml

chen durch die US-Regierung. Für einen Ölreichtum des Landes und die für Einfluss schiitischer Kräfte. Die Pläne tützt durch die israelische Luftwaffe –

„Vernichtung“ von Israel als Staat mit ht davon aus, dass es außer der „israhel des „Zionistische Regime“ gibt. Eriegshetze. Mit ihr wird die Gefahr ei-

enzen. In den USA (siehe S.6) und im evölkerung es satt, für den Profit von in Washington und in Teheran wollen nd christlichen Fundamentalismus in Religion im Iran.

USA versus Iran) verfolgen. Sie muss e darf allerdings nicht übersehen, dass ede Position von „Präventivschlägen“ en), strikt ab. Wir verweisen darauf, rak-Krieg manipuliert wurden.

dem, was er war, bevor er 1977 an die Regierungsmacht kam: eine radikale, rechte Partei. Es handelt sich um eine Partei, die an ein Großes Israel (im Hebräischen: Eretz Yisrael) glaubt, das vom Mittelmeer bis an den Jordan reicht. Likud lehnt jegliches Friedensabkommen mit den Palästinensern ab und will das Besatzungsregime solange aufrecht erhalten, bis eine Annexion der besetzten Gebiete möglich wird. Da der Likud gleichzeitig für einen homogenen jüdischen Staat plädiert, enthält diese Konzeption versteckt die Botschaft: Die Araber müssen unser Land verlassen.

Die Scharon-Partei – sie wird sich „Kadima“ („Vorwärts“) nennen – hat ihre Basis in einer Lüge. Scharon erklärte, die „Road Map“ (der jüngste Friedensplan) sei seine einzig gültige politische Plattform. Doch Scharon hatte nie vor, seinen Beitrag für die allererste Phase der „Road Map“ zu leisten, der darin bestanden hätte, die vielen hundert neuen Siedlungen, die nach dem Jahr 2000 errichtet wurden, aufzulösen. Scharon verheimlicht seine tatsächlichen Zielsetzungen nicht: Israel soll 58 Prozent des Westjordanlandes annektieren. Da es für einen solchen Plan keinen palästinensischen Partner gibt, will er dies durch ein einseitiges Diktat realisieren. Scharon sind alle sozialen Fragen ein Greuel. Dennoch wird er eine Art Sozialprogramm veröffentlichen, um Perez und dem Likud das Wasser abzugraben.

Die Arbeitspartei von Amir Perez wird sich auf soziale Fragen konzentrieren – in der Hoffnung, dadurch die Massen von „Ostjuden“ zu gewinnen. Amir Perez vertritt ein ernsthaftes Friedensprogramm: Verhandlungen mit der palästinensischen Seite und Errichtung eines palästinensischen Staates auf Grundlage der Grenzen von 1967. Er wird diese Zielsetzung in einen sozialen Zusammenhang stellen: All das Geld, das in den Krieg, die Besatzung und die Siedlungspolitik investiert wird, ist ein Diebstahl, begangen gegenüber den Armen. Diese Politik muss die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr vergrößern.

Die Ratgeber von Perez wollen ihn davon überzeugen, dass er „in die Mitte gehen“ müsse. Gleichzeitig wird von ihm verlangt, seine Friedensbotschaft zu verwässern. Doch wenn er das macht, dann verliert er an Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Klarheit.

Vernetzte Zusammenarbeit

Internationale Friedensbewegung

von Wolfgang Pomrehn

Wohin US-Präsident George Bush dieser Tage auf seinen Auslandsreisen auch kommt, immer schlägt ihn massiver Protest entgegen. Zuletzt gingen Anfang November im argentinischen Mar del Plata und zwei Wochen später im südkoreanischen Pusan jeweils Zehntausende auf die

Straße. Anlaß des Protestes: Die US-Freihandelspolitik und der Krieg gegen den Irak.

Keine Frage, die US-Regierung ist nicht nur im eigenen Lande höchst unpopulär, sie hat auch der internationalen Friedensbewegung erheblichen Auftrieb gegeben. Auf zahlreichen internationalen Konferenzen, meist am Rande der Weltsozialforen, sind sich in den vergangenen drei Jahren Antikriegsorgani-

sationen von Okinawa bis Buenos Aires, von Toronto bis Kapstadt näher gekommen. Die beeindruckendste Demonstration dieser neuen globalen Zusammenarbeit von unten, die ohne das Internet kaum denkbar wäre, war der Aktionstag am 15. Februar 2003. In aller Welt in etlichen hundert Städten protestierten rund 15 Millionen Menschen gegen den kurz bevorstehenden Angriff auf den Irak.

Inzwischen sind die Proteste zwar kleiner geworden, der Widerstand gegen die US-Kriegspolitik geht aber weiter. Zuletzt gab es am 24. September in diversen Städten rund um den Globus simultane Märsche und Kundgebungen, die auch der Kritik an Israels Besatzungspolitik galten. Die größten Demonstrationen fanden in London statt, wo nach Angaben der Veranstalter 100.000 auf die Straße gingen, und in

verschiedenen Städten der USA. In Washington schätzten die Organisatoren 300.000 Teilnehmer, in San Francisco 250.000. Auf den Kundgebungen in den USA spielte auch die unglückliche Reaktion der US-Behörden auf die Naturkatastrophe am Golf von Mexiko eine Rolle. Die Demonstranten machten darauf aufmerksam, daß Geld aus dem Katastrophenschutz für Deichbau in New Orleans abgezogen wurde, um den Krieg gegen den Irak zu finanzieren. Zehntausende mittelloser Bewohner New Orleans, zumeist Afro-Amerikaner, hatte man tagelang sich selbst überlassen und zum Teil mit bewaffneten Milizen am Verlassen der Stadt gehindert.

Dieser zynische Umgang mit der eigenen Bevölkerung paßt zu den jüngst ruchbar gewordenen CIA-Geheimkästen in Osteuropa und zur allgemeinen Militarisierung der internationalen Beziehungen, die die Bush-Regierung treibt. Ein Ziel der Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak war die Errichtung neuer Militärstützpunkte, um auch den letzten Winkel des Planeten gegebenenfalls in die Zange nehmen zu können. Schätzungsweise 725 unterhalten die USA inzwischen in 150 Ländern. Die einzigen größeren weißen Flecken auf ihrer militärischen Landkarte stellen inzwischen nur noch die Russische Föderation und China dar, an deren Hintertüren in Zentralasien sich die USA nunmehr dank des Afghanistan-Krieges breit machen.

Folgerichtig hat sich in den letzten Jahren der Kampf gegen alte und neue Militärstützpunkte und vor allem die internationale Vernetzung dieses Kampfs verstärkt. Unter anderem auf Initiative von Organisationen, die sich auf der japanischen Insel Okinawa seit langem gegen die verheerenden Folgen des dortigen US-Stützpunktes wehren, wird eine internationale Konferenz gegen ausländische Militärstützpunkte vorbereitet. Auf diesem Treffen vom 7. bis zum 10. März 2006 in Ecuador soll offiziell ein internationales Antibasen-Netzwerk aus der Taufe gehoben werden.

Die USA überziehen seit einigen Jahren – meist unter dem Vorwand des „Kriegs gegen Drogen“, der in Wirklichkeit meist ein Krieg gegen linke Guerillas oder gegen Bauern ist, die vom Koka-Anbau leben – Südamerika mit Militärstützpunkten, oft gegen den Widerstand der örtlichen Bevölkerung. Die internationale Konferenz soll helfen, den isolierten Protest besser miteinander zu verknüpfen. Damit könnte auch ein wirksamer Beitrag gegen die zunehmende Militarisierung der internationalen Politik geleistet werden. Auf jeden Fall wird es aber auf Aktionen in den einzelnen Staaten ankommen. In Deutschland steht die Friedensbewegung nicht nur vor der Aufgabe, Druck für die Heimkehr aller deutschen Truppen aus dem Ausland zu machen. Auch die Schließung der hiesigen US-Stützpunkte ist eine wichtige Forderung, da diese eine zentrale Rolle im Krieg gegen den Irak spielen.

Gegen Umrüstung der Bundeswehr Kampagne „Schritte zur Abrüstung“

von Joachim Schramm

Militärpolitiker können Entwarnung geben. Die große Koalition rüttelt trotz massiver Haushaltsprobleme nicht am Bundeswehretat. Er soll stabil gehalten und ab 2007 um mindestens 700 Mrd. Euro angehoben werden. Für 2010 ist ein Etat von 26,1 Mrd. Euro eingeplant. Diese Steigerung kommt in erster Linie der geplanten Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee zu Gute. Der Anteil für Beschaffung am Militärhaushalt soll bis 2010 auf 30 Prozent steigen. Nicht eingerechnet in diesen Zahlen sind die Kosten der laufenden und kommenden Auslandseinsätze von derzeit ca. 1,1 Mrd. Euro jährlich. Der neue „Verteidigungsminister“ Franz Josef Jung hat in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen können, daß sie aus dem Einzelplan 14 ausgegliedert werden.

Doch genau um diese Ausland-

seinsätze geht es bei den milliarden-schweren Umrüstungsprojekten der Bundeswehr. Das Transportflugzeug Airbus A400 (8,3 Mrd. Euro), der Kampfhubschrauber Tiger (3,1 Mrd. Euro) und der Schützenpanzer Puma (3,5 Mrd. Euro) sind Waffensysteme, die die Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ ausstatten sollen, wie es in den Koalitionsvereinbarungen heißt. Eine Liste der Bundeswehr weist allein 30 große Beschaffungsprojekte auf. Insgesamt 110 Mrd. Euro will die Bundeswehr in einem Zehnjahreszeitraum bis 2014 für neue Waffensysteme verschleudern.

Deutschland will zu seiner wirtschaftlichen Stärke auch seine militärischen Fähigkeiten erweitern, um gegebenenfalls wirtschaftliche Interessen in Afrika oder Asien auch mit Waffengewalt absichern zu können. Und die Bundesrepublik will als eine EU-Führungsmacht die „Gemeinsame Außen- und Si-

cherheitspolitik“ militärisch so stärken, daß man auf die USA nicht mehr angewiesen ist und ihr auf Augenhöhe gegenüber treten kann.

Die Umrüstung der Bundeswehr und die zunehmende militärische Aktivität hat mit der wirtschaftlichen und machtpolitischen Positionierung des Landes und seiner Konzerne in der Welt zu tun. Noch wird dies unterschätzt, weil die hiesige Rüstung nicht die Ausmaße der US-amerikanischen annimmt und mit Deckmäntelchen wie „humanitärer Einsatz“ agiert. Doch Sozialabbau und Militarisierung müssen im Zusammenhang gesehen, gegen beides muß gemeinsam vorgegangen werden. Hier sind auch die Gewerkschaften gefragt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) fordert in einer längerfristig angelegten Kampagne die Senkung des Rüstungshaushaltes um jährlich fünf

Prozent. So würden Schritt für Schritt der Aufwärtstrend der Rüstungsausgaben umgekehrt und innerhalb von zehn Jahren 80 Mrd. Euro eingespart. Damit würde der Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee ein Riegel vorgeschoben. Mit einer Postkartenaktion fordern wir aktuell die Abgeordneten des Bundestages auf, sich für diese Reduzierung des Rüstungshaushaltes einzusetzen. Verschieben durch die Neuwahlen wollen wir die rückgesandten Postkarten in einer öffentlichen Aktion im kommenden Frühjahr dem Bundestag in Berlin übergeben.

Bestellungen der Protestpostkarte über: www.schritte-zur-abruestung.de oder DFG-VK München, Schwanthaler Str. 133, 80339 München und DFG-VK NRW, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund.

Joachim Schramm ist Mitglied des DFG-VK Kampagnenrates „Schritte zu Abrüstung“

RÜSTUNGSHAUSHALT SENKEN!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

In Deutschland fehlt das Geld für Bildung, Gesundheit und Renten. Dennoch werden Milliardenbeträge verschwendet, um die Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Angriffsarmee umzubauen und mit den teuersten Waffensystemen aller Zeiten auszurüsten.

Wir fordern stattdessen konkrete Schritte zur Abrüstung und eine Friedens- und Sicherheitspolitik mit zivilen Mitteln.

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Rüstungshaushalt um mindestens 5 % pro Jahr gesenkt und das eingesparte Geld für soziale Leistungen, eine sinnvolle Energiepolitik und Entwicklungshilfe eingesetzt wird.

Meine persönliche Botschaft an die Abgeordneten:

Vorname

Name

PLZ - Wohnort

Unterschrift

Die Aktion „Rüstungshaushalt senken!“ wird bislang von diesen Organisationen unterstützt (Stand: 10.05.05)

Attac, Bundesjugendwerk der AWO, Gesprächsforum Ökumenische FriedensDekade, IG Metall Bildungs- und Konferenzzentrum Sprockhövel, Pax Christi

Informationen über diese und weitere Unterstützer auf unserer Homepage

Impressum: Diese Protestpostkarte wird herausgegeben von der DFG-VK, Schwärzentalstraße 15, 42551 Velbert, in Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro Lounge in der DFG-VK Bayern, V.541P, Thomas-Rott, c/o DFG-VK

www.schritte-zur-abruestung.de